

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14.00 zł.
monatl. 4.80 zł. In den Ausgabestellen monatl. 4.50 zł. Bei
Postbezug vierteljährl. 16.18 zł., monatl. 5.39 zł. Unterstreifband in Polen monatl. 8 zł.
Danzig 3 Gld. Deutschland 2,50 R.-M. — Einzelnummer 25 Gr., Dienstags- und
Sonntags-Nummer 30 Gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsförderung usw.) hat der Be-
zieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 Groschen, die einspal-
tige Reklamezeile 125 Groschen. Danzig 10 bis 80 Dz. Pf.
Deutschland 10 bzw. 70 Goldpf., übriges Ausland 100%, Aufschlag. — Bei Pla-
vorstrift und schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur
schriftlich erbetben. — Differenzgebühr 100 Groschen. — Für das Er scheinen der
Anzeigen an bestimmten Tagen und Plänen wird keine Gewähr übernommen.
Postlesekonten: Posen 202157. Danzig 2528. Stettin 1847.

Nr. 261.

Bromberg, Donnerstag den 12. November 1931.

55. Jahrg.

Borah —

der widerspenstige Senator
von Idaho.

In politischen Kreisen der Vereinigten Staaten macht sich die Bestrebung bemerkbar, den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses im Senat, den ebenso berühmten wie gefürchteten Senator William Edgar Borah, im kommenden Jahre als Präsidentschaftskandidaten aufzustellen. Die Präsidentschaftswahlen lassen nicht mehr lange auf sich warten, und daß Hoover keine besonders großen Chancen hat, wieder gewählt zu werden, gilt heute in Amerika als sicher. Die Demokraten, die heute bereits eine Mehrheit im Kongreß erobern haben, hoffen ganz bestimmt, diesmal in das Weiße Haus siegreich einzuziehen. Da muß schon die republikanische Partei mit einer besonderen "Attraktion" aufwarten, um Widerstand leisten zu können. Seit dem Tode Dwight Morrows ist es Borah, der es vielleicht noch schaffen könnte.

Als Senator Borah den französischen Besuchern in Washington kurz und bündig erklärte, ohne Revision des Versailler Vertrages sei kein Dauerfriede in Europa möglich, bestätigte er damit wiederum seinen alten Ruf eines Mannes, der allen diplomatischen Gelegenheiten zum Trost aus seinem Herzen keine Mördergrube zu machen pflegt.

Es sind unzählige Geschichten über Borah in den Wandgängen des amerikanischen Kongresses im Umlauf. Eine der besten stammt aus jenen ersten Nachkriegstagen, in denen Präsident Wilson nach Unterzeichnung des Versailler Dokumentes in Washington eintraf, und als Triumphantor allgemein bejubelt wurde. Nur Borah, der Mann mit dem breiten Bonnergesicht und scharfen, klugen Augen, vertrat eine andere Ansicht. Bei der ersten Begegnung mit Borah sagte Wilson — in völliger Verkenntung der nächsten Entwicklung — freudestrahlend zu ihm: "Ich habe das Friedenswerk vollendet. Es ist eine frohe Zukunft für die Welt." Der Senator antwortete trocken: "Wir haben keinen Grund zur Freude, Herr Präsident. Sie haben der Welt keinen wahren Frieden geschenkt." Darauf warf Wilson lachend ein: "Sie waren von jeher ein Außenseiter, mein lieber Borah."

Es sollte gar nicht lange dauern, bis Wilson sich überzeugen konnte, daß nicht Borah, sondern er selbst der Außenseiter war. Von einer gewaltigen Welle der allgemeinen Unzufriedenheit des amerikanischen Volkes mit den Ergebnissen von Versailles fortgeschwemmt, schloß Wilson für immer seine müden Augen.

Ein sehr bekannter amerikanischer Publizist behauptete kürzlich von Borah, er sei die einzige Persönlichkeit von Format im amerikanischen Senat. Sein Weg richtete sich fast immer gegen den Strom, und infolfern hatte Präsident Wilson Recht, als er Borah einen Außenseiter nannte. In der letzten Zeit findet aber Senator Borah immer größeren Anhang. Er besitzt den Mut, jene Wahrheiten anzusprechen, die von der Mehrzahl der Politiker und vom überwiegenden Teile der Öffentlichkeit zwar mehr oder weniger anerkannt, aber nicht offen verkündet zu werden pflegen.

Die Kampagne, die Borah für die Verwirklichung seiner politischen Ideen führt, ist keinesfalls mit den Schlachten zu vergleichen, die Don Quichote einstmals gegen die Windmühlen schlug. Der wiederholte gemachte Vergleich des Senators von Idaho mit dem Ritter von La Mancha stimmt nicht. Denn Borah versteht es, seinen idealistischen Stun mit dem praktischen eines 100prozentigen Yankees zu vereinen. Er erlaubt sich von Zeit zu Zeit den Luxus, die wahren Beherrcher der Neuen Welt, die Repräsentanten des amerikanischen Finanzkapitals, öffentlich anzugreifen. Eines Tages hielt ein Senator, der in den eingeweihten Kreisen als Handlanger Morgans bekannt ist, eine langatmige Rede, in der er von der weltbeglückenden Mission der Vereinigten Staaten sprach. Unmittelbar darauf bestieg Borah die Rednertribüne. Er begann mit den Worten: "Gentlemen, eben hörtet Sie die Stimme des Golbes. Was ich Ihnen zu sagen habe, ist bei weitem nicht so verlockend. Es ist, leider, nur die nackte Wahrheit. Sie geht nie in goldenem Gewand."

Diese Redewendung Borahs erregte in Amerika das größte Aufsehen. Es wäre aber falsch, daraus zu schließen, daß Borah ein weltfremder Idealist sei und seine Politik auf tatenlose Spiegelfechterei beschränke. Schon die Tatsache allein, daß Borah zum Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Senats gewählt wurde und somit die parlamentarische Kontrolle über die Außenpolitik der Amerikanischen Regierung in seinen Händen hat, beweist, daß sein Einfluß, gestern noch problematisch und heute im Steigen begriffen, morgen schon ausschlaggebend werden kann.

Die französische Politik, wenn sie auch weiterhin auf der Aufrechterhaltung der französischen Hegemonie in Europa beharren sollte, würde in der Person Borahs einen Widersacher gegen sich haben, dessen Stoßkraft nicht zu unterschätzen ist.

Parlamentseröffnung in London.

London, 11. November.

Der König und die Königin haben gestern im Hans der Lords das Parlament eröffnet.

Die Thronrede.

In seiner Thronrede führte der König aus:

"Meine Beziehungen zu den auswärtigen Mächten sind nach wie vor freundschaftlich. Meine Regierung beabsichtigt, sich weiterhin der Förderung des Friedens und der Verständigung zu widmen und täglichen Anteil an den Arbeitnern des Völkerbundes zu nehmen. Insbesondere schenkt meine Regierung den Vorbereitungen für die bevorstehende Abrüstungskonferenz große Aufmerksamkeit, und ich bin überzeugt, daß ein glückliches Ergebnis dieser Konferenz großen Nutzen für die ganze Welt stiften würde."

Die erste Finanz- und Wirtschaftslage der Welt bildet eine schwere Sorge meiner Regierung, die ihr Möglichstes tun wird, um mit den anderen Regierungen im Geiste gegenseitiger Hilfsbereitschaft die Mittel zur Wiederherstellung des Umsangs des internationalen Handels zu finden.

Die indische Konferenz am runden Tisch setzt ihre Arbeiten fort; die Konferenz mit den Vertretern von Birma wird demnächst zusammengetreten. Es ist mein sehnlicher Wunsch, daß die Beratungen dieser zwei Konferenzen von Erfolg gekrönt werden. Entsprechend dem den Vertretern meiner Dominions im Jahre 1930 gegebenen Versprechen werden dem Parlament Maßnahmen zur gesetzlichen Verankerung gewisser Erklärungen und Entschließungen der Reichskonferenzen von 1926 und 1930 vorgeschlagen werden. Diese Maßnahmen sollen die Befugnisse der Parlamente in den Dominions klären und den Geist der freien Zusammenarbeit unter den Mitgliedern des britischen Gemeinschafts der Nationen fördern. Meine Regierung hat von der kanadischen Regierung den Vorschlag entgegen genommen, daß die im Jahre 1930 vertagte Wirtschaftskonferenz sobald wie möglich nach Ottawa (Kanada) einberufen werden soll."

Zu den innerpolitischen Fragen erklärte der König: "Die Nation hat bei den allgemeinen Wahlen die Maßnahmen unterstützt, die getroffen wurden, um Ersparnisse zu erzielen und das Budgetgleichgewicht wieder herzustellen. Die Nation ist auch von den Ministern aufgefordert worden, ihnen Vollmacht zur Fortsetzung einer Politik zu erteilen, deren Ziel es ist, das Vertrauen auf unsere finanzielle Stabilität aufs neue und vollkommen herzustellen und Pläne zur Sicherung einer günstigen Handelsbilanz auszuarbeiten. Meine Minister haben jetzt ein klares positives Mandat erhalten."

*

Englischer Vorstoß gegen die Kriegsschuldlüge.

Nachdem der König die Thronrede verlesen hatte, ergriff das Wort der Deputierte Lansbury, der Führer der Opposition, der in seiner Rede feststellte, daß die gegenwärtige Regierung keine Nationalregierung, sondern eine Regierung sei, die durch Schikanen, Beträgereien und die Hervorrufung einer Panik ans Ruder gekommen ist, die, wie alle wissen, vollständig unbegründet war. Zum Schluß betonte der Redner,

daß man im Jahre 1918 einen Frieden geschlossen hat, der kein Friede war, einen Frieden, der die Verantwortung für den Ausbruch des Krieges dem deutschen Volke zuschreibt.

"Feder weiß", sagte Lansbury, "daß das deutsche Volk nicht mehr verantwortlich für den Krieg ist als irgend ein anderes Volk. Jetzt, da wir die Erinnerungen und Biographien der Staatsmänner lesen können, die den Krieg geführt und den Frieden abgeschlossen haben, ist es die höchste Zeit, daß die Regierung mit einer Politik beginne, die sämtliche Kriegsentschädigungen auslöschen würde."

In der Antwort auf diese Rede stellt Macdonald fest, daß das ganze englische Volk das Problem richtig eingeschätzt habe, das vor ihm stand. Über die Kriegsschulden wiederholte der Redner nochmals seinen Gesichtspunkt, daß solange der menschliche Willen der Welt eine naturwidrige Wirtschaftsstruktur aufzwingen werde, die Welt niemals zum Wohlstande und zur Entwicklung gelangen wird. Macdonald schloß seine Rede mit folgenden Darlegungen:

"Ich lege das größte Gewicht dem Besuch des Ministerpräsidenten Laval in den Vereinigten Staaten bei und habe die Hoffnung, daß er vor allem zu einer Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland und dann zu einer vollkommenen und endgültigen allgemeinen Verständigung führen wird."

Jedes interessierte Volk sollte an dieser Verständigung partizipieren. Dies ist die Politik der Regierung. Das Land müßte Zeit haben, sich der neuen Welt, die sich seit 1918 entwickelt hat, anzupassen und solange eine Anpassung an die neue Welt nicht erfolgt, wird das Volk in der Unsicherheit bleiben und unter dem Mangel an Vertrauen zu leiden haben."

Rechter Flügel der Konservativen verlangt scharfe Zollpolitik.

London, 11. November. (Eigene Drahtmeldung.) Der erste größere Angriff auf die Nationalregierung ist von dem rechten Flügel der Konservativen unter Führung von Page Croft zu erwarten. Er hat eine Sitzung der Mitglieder der parlamentarischen, auf dem Boden des Schutzzolls stehenden Industrievereinigung einberufen und teilt in einem Brief mit, daß sie sich jeder Verfälschung des der Regierung gegebenen Mandats widersehn werde, obwohl sie die Schwierigkeiten des Ministerpräsidenten nicht vermehren wolle. Möglicherweise wird von dieser Seite ein dementsprechender Antrag im Parlament zwecks Durchführung einer scharfen Zollpolitik eingebracht werden.

"Daily Telegraph" erwartet, daß wahrscheinlich dem Parlament ein Gesetzentwurf vorgelegt werden wird, der die Regierung ermächtigt, durch Notverordnungen alle Waren, deren Einfuhr die normale Einfuhrmenge überschreitet, mit Zoll zu belegen. Das Kabinett habe sich bereits in seiner Sitzung am Dienstag mit dieser Frage beschäftigt.

Das Programm Macdonalds.

London, 10. November. (Eigene Meldung.) Gestern abend hielt auf einem für die Britische Regierung von dem Lordmajor von London gegebenen Bankett Ministerpräsident Macdonald eine halbstündige Rede, in der er das Programm der neuen Regierung entwickelte. Er erklärte u. a.:

"Die Regierung, der vorzustehen ich jetzt die Ehre habe, ist einzig in ihrer Art und aus nicht alltäglichen Umständen heraus entstanden. Es ist eine aus sämtlichen Parteien zusammengesetzte National-Regierung, deren Hauptaufgabe darin besteht, der wirtschaftlichen Schwierigkeiten Herr zu werden. Ich besitze keine Instruktionen und bin durch nichts gebunden. Ich habe vollkommene Bewegungsfreiheit. Die zwei Hauptprobleme, deren Lösung die Regierung anstrebt wird, zielen darauf ab, daß das Volk einen ausgeglichenen Staatshaushalt hat, und daß die Wirtschaftslage Großbritanniens sichergestellt wird."

Sodann stellte Macdonald fest, daß die erste wichtigste Aufgabe der gegenwärtigen Regierung die Lösung des Balutaproblems sei, eines nicht allein britischen, sondern allgemein europäischen Problems. Der Ministerpräsident betonte den vollen Zusammenbruch der Theorie der wirtschaftlichen Selbstversorgung der einzelnen Länder. Notwendig sei die Zusammenarbeit aller Länder. Macdonald wies auf die Notwendigkeit hin, sobald als möglich eine internationale Konferenz einzuberufen, die sich mit der Frage der Schulden, der Reparationen, der Tarife, der Abrüstung, der Sicherheit und des Status quo Europas beschäftigen würde. Er betonte gleichzeitig, daß gewisse Zugeständnisse gemacht werden müßten, um eine Verständigung unter sämtlichen Staaten zustande zu bringen. Die Britische Regierung sei bereit, an einer solchen Konferenz mitzuwirken.

Macdonald erklärte die Befriedigung der Britischen Regierung über den Besuch von Laval in Washington und holte im Zusammenhange damit hervor, daß die deutsch-französische Verständigung das wichtigste Fundament des gegenwärtigen Friedens sei. Die Britische Regierung sei bereit, alles daran zu setzen, was in ihrer Macht steht, daß die Abrüstungskonferenz ein positives Ergebnis zeitige; sie halte es aber für notwendig, daß die Sicherheit eines jeden der an dieser Konferenz interessierten Länder garantiert würde. Macdonald unterstrich die Bedeutung, die Großbritannien die für Juli des kommenden Jahres einberufene Konferenz der Dominions besitzt und kündigte an, daß der Minister für die Dominions, Thomas, vor der Konferenz den einzelnen Dominions Besuche abstatten werde, um die Möglichkeit der wirtschaftlichen Zusammenarbeit innerhalb des Britischen Imperiums festzustellen.

Was die Arbeiten des Parlaments anbelangt, so betonte Macdonald, daß sich das Parlament in der nächsten Woche vor allem mit Fragen der Gesetzgebung auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Sicherstellung Großbritanniens beschäftigen werde. In bezug auf Indien sagte der Ministerpräsident, daß die Britische Regierung auf dem Standpunkt stehe, Indien eine selbständige Verfassung zu geben, daß aber diese Verfassung sich schöpferisch erweisen müsse. Sofern es diese Gewissheit nicht gebe, werde die Verfassung ihren Zwecken nicht entsprechen. Macdonald schloß mit der Betonung, daß Großbritannien der ganzen Welt ein Beispiel zu geben wünsche, was eine nationale Einheit bedeute. Die Aufgaben der

Britischen Regierung seien sehr schwierig und groß; man dürfe sie weder nach Wochen noch nach Monaten messen. Es handle sich nicht um Aufgaben, deren Lösung man hinausschieben könnte. Notwendig sei hier die Zusammenarbeit der ganzen Nation; doch gleichzeitig sei es notwendig, mit anderen Staaten sowohl im Westen als auch im Osten zur Festigung des Friedens und der Sicherheit der Welt zusammenzuarbeiten.

Die Rede Macdonalds wurde von den Versammelten begeistert aufgenommen.

Die Niederlage der englischen Arbeiterpartei wird untersucht.

London, 11. November. (Eigene Drahtmeldung.) Am Dienstag fand eine gemeinsame Tagung des englischen Gewerkschaftskongresses und des Vollzugsausschusses der Arbeiterpartei statt, die die Untersuchung der Wahlergebnisse zum Zweck hat. In einer Enschließung heißt es, der Erfolg der nationalen Parteien sei nur auf die Unterstützung solcher Männer zurückzuführen, die ihre ganze politische Entwicklung der Arbeiterpartei zu verdanken und ihr schneide den Rücken gekreist hätten. In der Tagung wurde zum Ausdruck gebracht, daß der Gewerkschaftskongress und die offizielle Arbeiterpartei in allen politischen und wirtschaftlichen Fragen eng zusammenarbeiten wollten. In einer besonderen Sitzung des Vollzugsausschusses der Arbeiterpartei wurde dem Führer der Partei, Henderson, das Vertrauen ausgesprochen.

Sir John Simon reist nach Paris.

London, 11. November. (Eigene Drahtmeldung.) Außenminister Sir John Simon wird am Montag zur Teilnahme an den Beratungen des Völkerbundes über die mandschurische Frage nach Paris fahren. Diese Mitteilung, so schreibt der diplomatische Korrespondent des "Daily Telegraph", wurde in politischen Kreisen mit einem Gefühl der Besiedigung aufgenommen. Man glaubt zuversichtlich, daß die ruhige und klühe Aussöhnung den Völkerbund von unklugen und unnötigen Zwangsmassnahmen abhalten werde.

Zur Frage des deutsch-polnischen Handelsvertrages.

In der Außenkommission des Sejm hielt unlängst bei der Aussprache über die letzte Rede des Außenministers Zaleski der Abg. Holyński eine Rede über den deutsch-polnischen Handelsvertrag, wobei er sich im Gegensatz zu seiner früheren Stellungnahme gegen die Inkraftsetzung des Vertrages einsetzte; er verwies dabei u. a. auf die zwischen eingetretene Entwicklung der Präferenzsätze, auf den steigenden Protektionismus der einzelnen Staaten und auf die Notwendigkeit der Rücksichtnahme auf die polnische Handelsbilanz, die heute die Hauptgrundlage für ein gesundes Finanzsystem bilden. Abg. Holyński gehört dem Regierungsklub an und vertritt dort die Wirtschaftskreise; gleichzeitig ist er Vorsitzender der Finanzkommission des Sejm. Das Auftreten Holyńskis ist natürlich für die Nationaldemokratie, welche die schärfste Gegnerin des Vertrages war, ein sehr willkommenes Ereignis; nur zerbricht man sich auf dieser Seite den Kopf, in welcher Eigenschaft wohl Holyński gesprochen hat, ob als Vertreter seines Klubs, oder als Exponent der Wirtschaft oder nur im eigenen Namen. So schreibt z. B. der "Kurjer Poznański":

"Das Herr Holyński im Namen des BB-Klubs gesprochen hat, darf man wohl bezweifeln, da erst kürzlich der Bismarck im Außenministerium Oberst Beck in einem Interview mit dem Vertreter eines ausländischen Blattes sich heftig für einen Handelsvertrag mit Deutschland eingesetzt hat, wobei er den Gegnern dieses Vertrages vorwarf, daß sie friedensfeindliche Tendenzen hätten. Heute zeigt es sich, daß diese friedensfeindlichen Tendenzen auch der Vorsitzende der Finanzkommission des Sejm, der Abg. Holyński, verrät."

Das Blatt schreibt dann weiter: "Diese Frage wird bei den weiteren Beratungen der Außenkommission des Sejm geklärt werden müssen, zumal die Presse von neuen Bewährungen des deutschen Gesandten von Moltke in Warschau über eine Erneuerung der wirtschaftlichen deutsch-polnischen Verhandlungen berichtet hat. Auch das "Berliner Tageblatt" hat kürzlich die Idee lanciert, der deutsch-polnische Handelsvertrag, der bekanntlich von Deutschland noch nicht ratifiziert ist, müßte durch einige neue Bedingungen vervollständigt werden, da er veraltet sei.

Mit einem Wort: Deutschland möchte uns von neuem in eine Diskussion über dieses Thema hineinziehen. Ob die Rede des Abg. Holyński mit diesen deutschen Versuchen zusammenhängt, muß gleichfalls festgestellt werden. Die polnische öffentliche Meinung wird hier nach wie vor wachsam sein müssen, zumal gewöhnlich, (wann ist das jemals geschehen?), wenn die Frage der Reparationen auftaucht, Versuche unternommen werden, Deutschland Zugeständnisse auf polnische Kosten zu machen."

Hand aufs Herz, lieber "Kurjer", auch deine Hintermänner und gerade sie wären glücklich, wenn es zu einem Wirtschaftsabkommen mit Deutschland kommen würde. Man leistet sich die reichlich verlogene und unsachliche Propaganda gegen den Handelsvertrag nur aus parteipolitischen Gründen. Solange man in aussichtsloser Minderheit doch kein entscheidendes Wort dabei mitsprechen kann.

Todesurteil wegen Spionage in Thorn.

Das Todesurteil bereits vollstreckt.

Thorn, 11. November. Der im Kreise Koschmin im Jahre 1896 geborene Leutnant Witold Tukodiacki, der zuvor in der deutschen Armee Dienst getan hatte und dann Beamter des Informatorischen Referats wurde, wurde vom militärischen Standgericht in Thorn am Montag zu Tode durch Erschießen, zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und zur Ausstoßung aus dem Heere verurteilt. Er stand unter der Anklage, Spionage dadurch getrieben zu haben, daß er während einer Reserveübung in Thorn sich nach Danzig begeben und dort in der Absicht, militärische Geheimnisse zu verraten, der Danziger Polizei Dokumente und Meldungen über die Landesverteidigung ausgeliefert hatte.

Da der Präsident der Republik von seinem Begnadigungsrecht keinen Gebrauch gemacht hatte, wurde das Urteil gestern abend in Thorn vollstreckt.

"Muttersprachlicher Religionsunterricht."

Wieder der Kreis Schewz.

Anfang Oktober 1931 wurde in Maleschowo (Malo Czechowo) eine neue evangelische Religionsunterrichtsstation mit 15 Kindern errichtet für die Orte Maleschowo (Malo Czechowo), Königsdorf (Bagniewo) und Bagrowo. Der Unterricht wird vom Lehrer Krebs in Grutschow, in polnischer Sprache erteilt. Nach der zweiten in polnischer Sprache gehaltenen Religionsstunde, sprach ein Vertreter der interessierten deutschen Elternschaft bei Lehrer Krebs und dem polnischen Schulleiter in Maleschowo vor und verlangte im Namen der Eltern die muttersprachliche Religionsunterweisung. Daraufhin erklärte der Schulleiter Jan Kosowski, der Kreisschulinspektor in Schewz habe eine Verfügung, welche die polnische Sprache auch für den evangelischen Religionsunterricht verlange. Er versprach gleichzeitig, persönlich beim Kreisschulinspektor Richtlinien für das weitere Verhalten einzuholen. Am gleichen Tage fragte er die gerade zum Religionsunterricht versammelten Kinder, welche Sprache ihre Eltern für den Religionsunterricht wünschten, worauf die Kinder natürlich erklärten, daß ihre Eltern die deutsche Sprache verlangten. Der Schulleiter erklärte, die Entscheidung werde in der nächsten Unterrichtsstunde fallen. Diese Stunde fand bereits statt, wurde aber wieder in polnischer Sprache abgehalten. Was sagt der Herr Kreisschulinspektor dazu?

Es geht auch anders. Wir freuen uns feststellen zu können, daß sich in einem anderen Schweizer Fall, über den wir in Nr. 250 der "Deutschen Rundschau" vom 30. vor. Monats berichtet hatten, die Beziehungen zum guten gefehlt haben. Der Lehrer Lasser in Wilhelmshafen (Dworzysko) erteilt jetzt den deutsch-evangelischen Kindern den Religionsunterricht in ihrer Muttersprache. Warum kann das nicht überall geschehen?

Blutige Ausschreitungen in Wilna.

Wilna, 11. November. (PAT) Trotz des Appells des Rektors an die akademische Jugend, sich jeglicher Exzepte zu enthalten, wurde gestern der Eingang zum Hauptgebäude der Universität seit dem frühen Morgen von einer Studentengruppe besetzt, die die jüdischen Studenten in das Gebäude nicht hineinließ. Infolgedessen kam es am Eingang zu mehreren Schlägereien, die von der Polizei rasch liquidiert wurden. Gleichzeitig begann im Gebäude des Anatomischen Instituts eine Gruppe von Studenten, die jüdischen Studenten mit Gewalt hinzuzuwiesen. Vor dem Gebäude entstand aus diesem Anlaß eine allgemeine Schlägerei, bei der Stöcke und Steine die Hauptrolle spielten. Durch einen Stein wurde der Student Stanislav Baclawski am Kopf verletzt. Er wurde in das Spital geschafft, wo er starb, ohne die Bestattung wiedererlangt zu haben.

Am Nachmittag zog eine größere Gruppe von Studenten nach der Leichenhalle, wo die Leiche des verstorbenen Studenten aufgebahrt war. Dem Buge schloß sich später verschiedener Pöbel an, der mit Steinen Schäden erzielte einzuholen begann. Die Polizei trennte diese Gruppe von dem Umzuge, worauf sie zerstreut wurde.

Im Ergebnis des Zusammenstoßes, der gestern früh vor der Universität und dem Anatomischen Institut stattfand, wurden ein christlicher Student getötet, vier christliche Studenten leicht verletzt, ein jüdischer Student erlitt sehr schwere Verletzungen und 15 jüdische Studenten wurden leichter verletzt.

Japanisch-polnisches Bündnis?

Ein Pariser Gerücht.

Die "Deutsche Allgem. Zeit." läßt sich aus Paris berichten:

Der Präsident der Volkskommissare in Sowjetrußland, Molotow, hat, wie gemeldet, eine Rede gehalten, in der er u. a. mitteilte, daß der sowjetrussisch-französische Nichtangriffspakt paraphiert sei. Es ist dies die erste offizielle Mitteilung, daß eine Paraphierung dieses Vertrages tatsächlich erfolgt ist. Seit dem Zeitpunkt der Paraphierung sind bereits drei Monate verstrichen, und von sowjetrussisch-französischen Verhandlungen ist überhaupt keine Rede mehr.

Es steht wohl fest, daß die Franzosen mit den Sowjets keinesfalls abweichen werden, wenn nicht gleichzeitig ein sowjetrussisch-polnischer Vertrag ausstand kommt, und die Frage der früheren russischen Schulden geregelt ist.

Es wäre verständlich, daß den Franzosen die Mitteilung Molotows unangenehm wäre. Erstaunlich ist infolgedessen ein Leitartikel des "Temps", der an die Rede Molotows anknüpft, den sowjetrussisch-französischen Nichtangriffspakt überhaupt nicht erwähnt (die Mitteilung Molotows ist in der französischen Presse, soweit wir wissen, überhaupt nicht zum Abdruck gekommen), aber von einer

Gefangen gegen Sowjetrußland ist, welche den äußersten Grad dessen erreicht, was man in einer Zeitung sich gestatten kann. Dieser Artikel schließt mit der Behauptung, daß ein Krieg die letzte Karte sei, die die sowjetrussischen Führer ausspielen könnten, daß sie einen Krieg bereits begonnen hätten, wenn sie dazu in der Lage gewesen wären, daß aber die rechtlich bestehenden Nationen diese Gefahr erkannt hätten und gewußt hätten, sich gegen sie zu schützen, daß die Stunde der Weltrevolution vorbei sei und daß man darüber wachen müsse, daß sie nicht zurückkehre.

Für ein Land, das eben einen Nichtangriffspakt mit Sowjetrußland paraphiert hat, den es aber nicht zu unterzeichnen gedenkt, ist das gewiß eine erstaunliche publizistische Leistung.

Der Verfasser schreibt dann weiter:

"In Paris waren Gerüchte verbreitet über ein japanisch-polnisches Bündnis gegen Sowjetrußland, Gerüchte, die wir nicht wiedergeben haben, weil wir sie für unglaublich halten, die nun aber doch angesichts eines derartigen Artikels des politisch wichtigsten französischen Blattes mitgeteilt werden müssen.

Das ein japanisch-polnisches Bündnis ohne französische Deckung nicht möglich wäre, braucht nicht besonders betont zu werden. Daß die französische Presse dem

japanischen Vorgehen in der Mandchurie weitgehend Hilfestellung leistet, ist ein Zeichen, auf das in diesem Zusammenhang jedesmal wieder hingewiesen werden muß."

Wir machen unsere Leser nochmals auf den in unserer gestrigen Ausgabe in deutscher Übersetzung veröffentlichten Aufsatz von Studnicki im Wilnaer "Slowo" aufmerksam, der in sehr beachtlicher Weise zum "Brand im Fernen Osten" vom politischen Standpunkt aus Stellung nimmt.

Die Rote Armee ist bereit."

Russische Warnung an Japan.

Moskau, 11. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die Moskauer Blätter veröffentlichten eine Unterredung der sowjetischen Telegraphen-Agentur mit dem Kriegskommissar Boroschilow, in der dieser darauf hinweist, daß die Sowjetunion sich weder von den Westen noch von den Ostmächten herausfordern lassen. Boroschilow erklärte weiter: "Wir wollen keinen Krieg! Aber wenn gewisse Mächte ihre Kräfte mit den unsrigen messen wollen, so werden die Regimenter, Divisionen und Korps der Roten Armee bereit sein! Wir werden nicht die Angreifer sein, sind aber jederzeit bereit, es mit dem Gegner aufzunehmen!"

Ermordung des japanischen Konsuls in Tsitsilar.

Moskau, 11. November. (PAT) Nach Meldungen von Sowjetkorrespondenten wurden der japanische Konsul in Tsitsilar, sowie zwei Konsulatsbeamte von den Truppen des Generals Ma ermordet.

Republik Polen.

Das Goldene Verdienstkreuz für Piłsudski.

Warschau, 11. November. Aus Anlaß des heutigen Unabhängigkeitstages hat der Präsident der Republik heute den Marschall Piłsudski mit dem Goldenen Verdienstkreuz ausgezeichnet.

Das polnisch-belgische Versicherungsabkommen.

Brüssel, 11. November. (PAT) Hier ist gestern das Abkommen über die Versicherung der Bergleute zwischen Polen und Belgien unterzeichnet worden. Das Abkommen sieht gleiche Leistungen für die polnischen Arbeiter in Belgien und umgekehrt vor. Dies ist das dritte Abkommen Polens mit einem Staat, wo die polnische Emigration sehr zahlreich ist. In dem neuen Abkommen handelt es sich um Altersversorgung, Invalidenrente und schließlich um Leistungen im Falle des Todes. Die Beihilfen für Witwen und Waisen werden um das Dreifache erhöht.

Deutsches Reich.

800 Nationalsozialisten in Königsberg verhaftet!

Die Nationalsozialisten Königsbergs veranstalteten am Sonntag nachmittag in der Kleinbahn des Tatteralls eine Fahnenweihe, an der mehrere hundert uniformierte Parteimitglieder teilnahmen. Ein großes Aufgebot an Schutzpolizei verhaftete sämtliche uniformierten Nationalsozialisten, da in Preußen noch immer das Uniformverbot für die Nationalsozialisten besteht. Sie wurden in einer langen Kette von Lastautos in das Polizeigefängnis gebracht. Zu irgendwelchen Zusammenstößen ist es nicht gekommen.

Die Zahl der anlässlich der Fahnenweihe verhafteten uniformierten Nationalsozialisten beläuft sich auf 800 Mann. Unter den Verhafteten befinden sich auch der Reichstagsabgeordnete Koch-Ostpreußen und der ostpreußische SA-Führer Niethan.

Kleine Rundschau.

Schwere Sturmäder an der französischen und englischen Küste.

Paris, 11. November. (Eigene Drahtmeldung.) Der Sturm, der seit etwa 48 Stunden an der französischen Küste herrscht, hat eine große Anzahl von Fischerbooten in den verschiedenen Häfen der Bretagne zerstören lassen. Andere kleine Fahrzeuge rissen sich von ihren Ankern los und trieben auf das Meer hinaus. In Quimper sind die niedriger gelegenen Hafenviertel vollkommen überflutet. Eine Reihe von großen Strahlen, die unweit der französischen Westküste entlang führen, wurde durch andauernde Regenfälle, verbunden mit Hagelschlag, für den Verkehr unbrauchbar gemacht.

Wie aus London gemeldet wird, hat der Sturm im Kanal auch an der Südküste Englands großen Schaden angerichtet.

* Drei Nationen im Kampf um das "Blanc Band" Während auf den Werften von Glasgow eine ganze Armee von Arbeitern sich bemüht, den Bau des neuen Ozeanriesen der Cunard-Linie schnellstens seinem Ende entgegen zu führen, werden in dem französischen Hafen Saint Nazaire alle Vorbereitungen getroffen, um den dort im Bau befindlichen größten französischen Passagierdampfer noch vor dem englischen Konkurrenten vom Stapel zu lassen. Beide Schiffe werden eine Tonnen von über 70 000 Tonnen besitzen und mit der deutschen "Bremen" in den Wettkampf um den Besitz des blauen Bandes des Ozeans treten. Der französische Dampfer, dessen Name noch nicht endgültig feststeht, und der vorläufig "Super Ile de France" genannt wird, soll in bezug auf die luxuriöse Inneneinrichtung unter allen Passagierdampfern der Welt die erste Stelle einnehmen. Die Einzelheiten seiner Ausstattung hält die französische Baugesellschaft streng geheim. Die Maschinenkraft des französischen Schiffs soll 300 000 PS betragen. Sowohl die englischen wie die französischen Konstrukteure sind bestrebt, die Schnelligkeit der neuen Schiffe auf 55 Seemeilen zu steigern. Der englische Dampfer wird etwas größer sein als sein französischer Nebenbuhler. Mit seiner Länge von 350 Metern wird er den "Franzosen" um etwa 50 Meter übertragen. Die Geschwindigkeit der beiden Dampfer soll im Januar stattfinden.

Staff besonderer Anzeige!

Die Geburt einer Tochter zeigen hocherfreut an

Dr. Dirksen

und Frau geb. von Meding.

Borkowo, den 10. November 1931
z. Zt. Staatl. Frauenklinik Danzig-Langfuhr
Privatsitation Prof. Fuchs.

Ihr Pfefferkuchen —
nur mit unserm Gewürz.

Drogeria pod Łabędziem
Schwanen-Drogerie
Bydgoszcz, Gdańsk 5.

Habe mich in Bydgoszcz als
prakt. Arzt u. Geburtshelfer
niedergelassen und die Wohnung des
verst. San.-Rats Dr. Schendell
bezogen.

Dr. L. Brunk

Telephon 1368 Gdańsk (149) 42
Sprechstunden von 10:30-11:30 Uhr vorm. u. 3:30-5 Uhr nachm.

Drod's Hotel, Danzig

vis-à-vis dem Ufa-Palast, Zimmer 3,50 G.
empfiehlt seine
Heizung und Bedienung.

10379

Ernst Heyn
Elektro - Großhandlung
Danzig - Langfuhr,
Brunshöferweg 30.

10378

Hebamme

erteilt präzisen Rat,
guter Erfolg u. Discre-
tion zugesichert.

4279

Danet, Dworcowa 66.

Unterricht

in Einzelschäfern, wie:
Buchführung,
Maschinenreihen,
Stenographie,

monatlich 15,- zł.

G. Borreau,

Bücher-Revisor,
Bydgoszcz, Marsz. Focha 10.

Jahresabschlüsse
Ausarbeitungen
samtlicher

Geschäftsbücher
werden äußerst billig
ausgeführt. Ueber-
nahme auch stunden-
weise die Führung von

Handelsbüchern.

ul. Petersena 16, r. 1.

Promenada nr. 3

beim Schlachthaus.

Französisch, 4456

Englisch, Polnisch,

erteilt im Ausl. dipl.

priv. Sprachenlehrer

d. dtsch. Sprache mächt.

Gute Refer., Bill. Preise.

Świętojańskastr. 19, B. 7

4130

Radio - „Telefunken“

340 W. Wechselstrom

10382

arbeitet ohne Antenne.

Schon jetzt lieferbar.

Vorführung jederzeit von 13-18 Uhr.

B. Jączkowski, Bydgoszcz, Gdańsk 23. :: Telefon 930.

Steuer-Ermäßigung

nur durch korrekte Buchführung mit Bilanz.

E. CURELL, Bücher-Revisor

Bydgoszcz, Dworcowa 47, I. Tel. 240.

4472

Leder

Blankleder u. Sohlleder

sowie

sämtliche Sattler- und Tapezierer-

Bedarfs-Artikel zu billigsten Preisen.

Handel Skór

dawn. G. Draugellettes,

Bydgoszcz, ul. Niedzwiedzia 7.

5501

Nur mit dem

Schnellämpfer „Ideal“

kann man sparsam dämpfen und die

Kartoffel rationell verwerten. Jeden

Sonnabend, zwischen 11-12 Uhr, findet

ein Probédämpfen

auf meinem Lager, Dworcowa 28

(früh, Nr. 84/85 statt).

J. SZYMCAK

Landmaschinenfabrik BYDGOSZCZ

Baubeschläge

Möbelbeschläge

Neumann & Knitter

Stary Rynek.

Tel. 141.

„Lukullus“-Schokoladen

sind gut und billig.

Als besonders preiswert offerieren:

„Block“-Schokolade 250 g. p. Tafl. zł 1.20

50 " " " 0.30

„De Maison“ " 500 " " " 2.80

200 " " " 1.25

" " 100 " " " 0.70

„Deserowa“ " 100 " " " 0.75

Kostproben in unseren Geschäften gratis.

Wiederverkäufer erhält. Vorzugspreise.

„LUKULLUS“

Schokoladen- und Zuckerwaren-Fabrik

BYDGOSZCZ

ul. Poznańska 16 Telefon 1670

PL Teatralny 1 2316

ul. Dworcowa 98 1390

10308 (am Bahnhof) 845

10381

10382

10383

10384

10385

10386

10387

10388

10389

10390

10391

10392

10393

10394

10395

10396

10397

10398

10399

10390

10391

10392

10393

10394

10395

10396

10397

10398

10399

10390

10391

10392

10393

10394

10395

10396

10397

10398

10399

10390

10391

10392

10393

10394

10395

10396

10397

10398

10399

10390

10391

10392

10393

10394

10395

10396

10397

10398

10399

10390

10391

10392

10393

10394

10395

10396

10397

10398

10399

10390

10391

10392

10393

10394

10395

10396

10397

10398

10399

10390

10391

10392

10393

10394

10395

10396

10397

10398

10399

10390

10391

10392

10393

10394

10395

10396

</

Bromberg, Donnerstag den 12. November 1931.

Pommerellen.

11. November.

Graudenz (Grudziadz).**Das Jubelfest des Sportklubs Graudenz.**

Am Sonntag vormittag 11 Uhr fand im "Tivoli" eine Delegiertenversammlung der Danzig-Pommerschen Nachsporthilflichen Vereinigung statt, die vom Vorsitzenden, Kaufmann Moser-Danzig, geleitet wurde. Paul Neubert berichtete über das 100-Kilometer-Mannschaftsfahren im August d. J. in Konitz. Die übrigen Beratungspunkte betraten lediglich interne Angelegenheiten der Vereinigung. An diese Versammlung schloß sich um 12 Uhr ein gemeinsames Mittagessen an.

Der Sportklubvorsitzende begrüßte die Teilnehmer, insbesondere das Ehrenmitglied Mathesius-Danzig, Studienrat Heidek und die Gäste vom Sportklub "Preußen" aus Danzig, die zum ersten Male in Graudenz weilten. Namens des Vereins "Preußen" dankte Sportkamerad Laskowski.

Den Clou der ganzen Veranstaltung bildete das abends von 7 Uhr ab im Gemeindehause veranstaltete Galasportfest. Einen imponierenden Anblick bot der das Fest einleitende Aufmarsch der einzelnen Abteilungen des Sportklubs, die von den Radfahrern der D. P. R. B. mit vier Bannern umkreist wurden. Mit Begrüßungsworten begann Stadtrat Duban das eigentliche Programm. Im Auftrage des D. P. R. B. überreichte das Ehrenmitglied Fahrarzt Mathesius-Danzig dem Vorsitzenden des S. C. G., Georg Duban, als Angebinde der Vereinigung eine Weinkarne. Studienrat Heidek wurde vom S. C. G. durch dessen Vorsitzenden das Diplom der Ehrenmitgliedschaft überreicht, wofür der Geehrte in kurzen, treffenden Worten seinen Dank sagte. Pfarrer Dieball beglückwünschte den S. C. G. zu seiner 25jährigen treuen Wirksamkeit im Interesse der Jugendpflege namens der evangelischen Kirchengemeinde. Es folgten noch kurze Glückwunscherklärungen des Vertreters des Baltischen Tourenclubs, der einen Bannernagel überreichte, sowie der Vereine R. V. Konitz und "Preußen"-Danzig. Das sportliche Festprogramm des Abends begann mit einem Sechser-Damensturzreigen des Baltischen Tourenclubs-Danzig; daran schlossen sich ein Sechser-Schulreigen der 2. Mannschaft des S. C. G., sowie ein Sechser-Schulreigen der Damen des S. C. G. Weiter gab es ein Sechser-Kunstfahren der Herren des S. C. G., ein solches der Herren des Baltischen Tourenclubs sowie ein Sechser-Kunstfahren der Damen des S. C. G. Überaus starke Beifall erzielte das Duett-Kunstfahren vom S. C. G. (P. Neubert - Senkbeil). Die beiden Fahrer, zunächst jeder auf eigenem Rade, dann gemeinsam auf einem Rade, zeigten in der Tat schwierige, dabei exakt ausgeführte Produktionen. Ein Sechser-Stenerohrreigen der Graudenser erregte ebenfalls großes Interesse. Im übrigen bestand das reichhaltige Programm noch aus originellen, grotesk anmutenden Bodenübungen der Turner, Preis-Radballspielen zwischen S. C. G. und Balt. Tourenclub, bei denen S. C. G. in den ersten beiden Treffen mit 8 : 0 und 8 : 0 und schließlich im Entscheidungskampf mit 7 : 4 siegte. Ballgymnastik der Damen des S. C. G. auf der Bühne und tüchtiges Barrenturnen stellten den Rest der Abendfestfolge dar. Der Vorsitzende des D. P. R. B., Kaufmann Moser, überreichte den Siegern in den Reigen- und Radballspiel-Konkurrenzen die errungenen Preise, und zwar für den Schulreigen der Herren-Abteilung des S. C. G. mit 8 : 16 Punkten (der Balt. Tourenclub erzielte als zweiter 7 : 91 Punkte); für den Kunstreigen ebenfalls der Herren-Abteilung des S. C. G. Für das Kunst-Duettfahren wurden, obwohl es außer Konkurrenz stattfand, den beiden Ausführenden ebenfalls Preise zuteil. Die Prämienempfänger im Radballspiel waren Wodzak und Boilewski (S. C. G.). Vor dieser Preisverteilung waren noch die 22 Prämien für die Siege in den drei Rennveranstaltungen des D. P. R. B. im Laufe des letzten Jahres den Betreffenden übergeben worden.

Nachmittags 2 Uhr hatte im Rahmen der Festveranstaltungen Sportklub Preußen in Danzig (Liga) gegen die 1. Mannschaft des S. C. G. ein Fußballwettkampf ausgetragen. Das Spiel endete mit 8 : 3 (5 : 2) zugunsten der Danziger Gäste.

× Auch in Graudenz Mangel an Volkszählungskommissaren. Der Magistrat wendet sich öffentlich an die Bevölkerung mit der Bitte, daß sich mehr Leute zur Übernahme des ehrenamtlichen Postens eines Zählkommissars melden und bei der für den Staat so wichtigen Zählarbeit mitwirken möchten.

× Standesamtliche Nachrichten. In der Woche vom 2. bis zum 7. November gelangten auf dem hiesigen Standesamt zur Anmeldung: 34 eheliche Geburten (22 Knaben, 12 Mädchen), darunter zwei Zwillingsspaare (in einem Falle beides Knaben, im andern Mädchen), sowie 3 uneheliche Geburten (1 Knabe, 2 Mädchen); ferner 5 Scheidungen und 13 Todesfälle, darunter 4 Kinder bis zu einem Jahre (sämtlich Mädchen).

× Über Veränderungen im Vorstande der Fabrik Herzfeld & Victorius waren in hiesigen Blättern teils unrichtige, teils ungenaue Angaben gemacht worden. Dazu gibt die Firma folgende Aufklärung: Ingenieur Lucjan Kołudzki kränkelte seit längerer Zeit und weiltete vom 1.-16. Mai d. J. auf Urlaub. Es vertrat ihn der vom Aufsichtsrat delegierte Ingenieur Antoni Skarbowski aus Warschau. Schließlich verschlimmerte sich aber der Gesundheitszustand von Ing. Kołudzki derartig, daß er sich gezwungen sah, von seinem Posten zurückzutreten. Den Vorstand bilden gegenwärtig: Diplom-Ingenieur Zbigniew Jagodziński aus Graudenz und Ingenieur Skarbowski aus Warschau. Zu Verwaltungsdirektoren wurden ernannt die Herren Karl Passow und Witold Więglowski, beide aus Graudenz.

× Einen Unfall erlitt die in einer hiesigen Schuhfabrik beschäftigte Arbeiterin Helene Senkbeil. Sie zog sich den Bruch eines Fingers der rechten Hand zu.

× Wer ist der Besitzer? Vor einigen Tagen zeigte ein hiesiger Bürger der Polizei an, daß bei ihm jemand ein

Fahrrad eingestellt und dies bisher nicht abgeholt habe. Interessenten können sich im 1. Polizeikommissariat, Rathaus, melden.

Vereine, Veranstaltungen ic.

Wirtschaftsverband städt. Bernse. Donnerstag Sprechst. 5-7½ Uhr Gold. Löwe. (8965)

Thorn (Toruń).**Kampf gegen Diphtherie und Scharlach.**

Der Stadtpräsident wendet sich mit einem Aufruf an die Elternschaft und weist darauf hin, daß in den letzten Wochen unter den einheimischen Kindern eine sehr bösertige Diphtherie ausgebrochen ist, die nicht selten tödlich verläuft. Daher ist es ein Gebot des Augenblicks, daß die Eltern ihre Kinder vom zweiten Lebensjahr ab möglichst frühzeitig gegen diese Krankheit impfen lassen.

Der Magistrat Thorn hat gemeinsam mit der Krankenkasse Schüchimprungen organisiert. Hier werden während der Dauer von sechs Wochen alle vorgeführten Kinder gegen Diphtherie und Scharlach unentgeltlich schützgeimpft.

Diese Impfungen beginnen am 10. November und dauern, mit Ausnahme der Sonntage, bis zum 25. November. Die Impfsäle und Impfzeiten sind folgende:

1. Gemeindeschule in der Gerechtsstrasse (ul. Prosta), täglich von 2-3 Uhr nachmittags;
2. Gemeindeschule in der Schulstrasse (ul. Sienkiewicza), täglich von 3-4 Uhr nachmittags;
3. Gebäude der Krankenkasse in der Hindenburgstrasse (ul. 8 maja), täglich von 1½-2½ Uhr nachmittags und
4. Gemeindeschule in der Leibnitzerstrasse (ul. Lubicka), täglich von 3-4 Uhr nachmittags.

Die Termine der zweiten und dritten Impfung geben die amtierenden Ärzte den Eltern bekannt.

Der Stadtpräsident macht darauf aufmerksam, daß die kostenlos zu impfenden Kinder zur Erstimpfung der nächstbelegenen Impfstelle bis spätestens 25. November vorzuführen sind, da es späterhin nicht mehr möglich ist, die erforderlichen drei Impfungen im Verlauf von je zwei Wochen durchzuführen.

Kinder mit Fieber, mit wett vorgeschrittener Tuberkulose sowie mit Nierenentzündung dürfen nicht geimpft werden! Desgleichen ist die Impfung bei Kindern, die die Diphtherie bereits überstanden haben, nicht erforderlich. Für alle anderen Kinder ist die Schüchimprfung unbedingt und die sehr selten zu erwartenden unbedeutenden Reaktionen gegen die Impfung stellen nichts dar gegen den Schutz, der den Kindern der in ihren Folgen manchmal schrecklichen Krankheit gegenüber gewährt wird.

t Japanese Besuch. Am Montag und Dienstag weilte in privater Eigenschaft der Rat im japanischen Handelsministerium und Delegierte des Exporteurverbandes in Japan, Herr Nagayori Godsumi, in unserer Stadt.

† Gegen die Straßenreinigungsgebühr, deren Zahlungsbefehle kürzlich vom Magistrat an die Hausbesitzer verordnet wurden, soll nach neuester Auskunft des Haus- und Grundbesitzervereins grundsätzlich nicht reklamiert werden, da sie nach einem Gutachten des Rechtsanwalts Spicher-Bromberg zu Recht besteht. Es empfiehlt sich jedoch in allen Fällen, die Front nachzumessen und dann Einspruch einzulegen, falls die Berechnung nicht stimmen sollte. Die Berechnung wird wie folgt vorgenommen: Die Länge der ganzen Grundstückfront an der Straße, mit 6 multipliziert, ergibt in Kubik 2 die Anzahl der Quadratmeter.

t Die mittelalterliche Wasserleitung, die Anfang September bei Kanalisationsarbeiten in der Heiligengeiststraße (ul. Sm. Ducha) entdeckt und freigelegt wurde, wurde dieser Tage aus dem Erdreich herausgenommen. Nach gründlicher Reinigung mit Karbolineum, das die Schimmelpilze

entfernen soll, und nach Behandlung mit einem Spezialpräparat, das der Konservierung des Holzes dient, wird ein Teil der Wasserleitung im städtischen Museum Aufstellung finden. Andere Teile werden dem Polytechnikum in Warschau und dem dortigen Institut für Wasserleitungen und Kanalisation übergeben. — Der seit über zwei Monaten ausgerissene Teil der genannten Straße ist nun endlich zugeschüttet und wird gepflastert. Die Freigabe für den Verkehr erfolgt dieser Tage.

† Auf dem Dienstag-Wochenmarkt kosteten gegen 10 Uhr Eier 2,20-2,70, Butter 1,70-2,20, Apfel 0,10-0,40, Birnen 0,20-0,60, Kürbis und rote Rüben pro Kilo 0,15, Möhrenrüben pro 3 Pfund 0,25, Kohlrabi pro Pfund 0,25-0,30, Spinat 0,30-0,40, Brüken pro Stück 0,05-0,20. Die verschiedenen Kohlsorten waren fast unverändert, ebenso gab es bei großem Angebot Geflügel zu den bekannten Preisen.

v Aus dem Gerichtssaal. In der Nacht zum Sonntag ließ sich ein Mann namens Dyrczynski im betrunkenen Zustand zu schweren Ausschreitungen hinreißen. In der Seglerstraße (Zeglarzka) verletzte er einen Schuhmann, der ihn zur Ruhe ermahnt hatte, mit einem spitzen Gegenstand am Kopf. Auch ein hinzugekommener Kriminalbeamter wurde von dem Trunkenbold übel angerichtet. Dieser Vorfall hatte bereits am Montag ein gerichtliches Nachspiel. D. hatte sich vor dem hiesigen Bürgergericht wegen Widerrandes gegen die Staatsgewalt usw. zu verantworten. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 3 Monaten Gefängnis.

t Anscheinend kommunistische Inschriften wurden Montag früh an dem kleinen Wäldchen an der Leibnitzerstraße (ul. Lubicka) angeschlagen vorgefunden. Die Polizei ist bemüht, die Angelegenheit aufzuklären.

† Ein Zusammenstoß zwischen einem Auto und einem Straßenbahnenwagen ereignete sich am Montag an der Ecke Neustädtischer Markt-Zuchmacherstraße (Rynek Nowomiejski ul. Sukiennica). Dabei wurde die Straßenbahn leicht beschädigt.

† Eine Schlägerei entstand Montag mittag in der Keller-Speisewirtschaft in der Zuchmacherstraße (ul. Sukiennica) 2. Dabei wurden Anton Gruczkowski, Mellienstrasse (ul. Mickiewicza) 75, von dem in der Gerechtsstrasse (ul. Prosta) 25 wohnhaften Boleslaw Liciński ziemlich erheblich geschlagen und der Wirtin ein Tisch und ein Stuhl zerbrochen.

† Der Polizeibericht verzeichnet drei kleine Diebstähle, eine Unterschlagung, einen Fall von unrechtmäßiger Aneignung, sieben Übertretungen polizeilicher Verwaltungsvorschriften, je einen Verstoß gegen sanitäts- bzw. handpolizeiliche Bestimmungen und sechs Zu widerhandlungen gegen die Bestimmungen der Eisenbahn. — Wegen systematischer Diebstähle wurde eine Person verhaftet, ferner wegen Betruges eine weitere Person.

Vereine, Veranstaltungen ic.

Copernicus-Verein. Monatsschrift Donnerstag, 12. November. 8 Uhr, Dr. Heim, Vortrag des Herrn Pf. Steffani: "Ein Mann aus dem deutschen Osten an Fürsten- und Bauernhöfen, unter Süßern und Kindern". Gäste willkommen. Eintr. frei. (10371)

* Konitz (Chojnice), 10. November. Durch einen Brand, der Freitag nachmittag aus unbekannter Ursache ausgebrochen war, wurden in Lubna hiesigen Kreises auf dem Grundstück der Frau Anastazja Makowska das Wohnhaus, die mit Getreide gefüllte Scheune, sowie ein Stall und Schuppen eingäschert.

* Neumark (Nowomiejsko), 10. November. Feuer brach Montag nachmittag in der der Maschinensfabrik Cegielki in Posen gehörenden Scheune aus, die eingäschert wurde. Sie hatte einen Wert von 1000 Złoty. Dem Pächter Umiński verbrannten dabei etwa 40 Fuhren Roggen, drei Fuhren Getreide, vier Fuhren Gemenge und die Dreschmaschine im Gesamtwert von 1500 Złoty, dem Narzus Rogacki zwei Fuhren Roggen. Das verbrannte Getreide war unversichert.

Graudenz.

Ministeriell konzessionierte
Zuschneidefurze
für Damen- und Kindergarderobe, Schnittzeichen und Modellierungen - Lehrmittel Worth mit minister. erlaubtem Abholzeugnis
Anmeldungen bei

Frau Janina Woźniakowa,
Grudziądz, Tużewskiego Grobla 16.

Der lustige Abend des Vortragsmeisters

Emil Kühne
Heitere Rezitationen und Lieder zur Laute

im Gemeindehause beginnt morgen, am

Freitag, pünktlich um 19.30.

In diesen schweren Zeiten muss man sich einmal von Herzen auslachen.

Eintrittskarten in der Buchhandlung Arnold Kriedte, Mickiewicza 3, und an der Abendkasse des Gemeindehauses

Hausnummer-Laternen

werden geliefert und montiert

Ein- u. Ausschaltuhren

dazu passend, liefert preiswert

Ad. Kunisch, Grudziądz

Toruńska Nr. 4.

10377

Röder u. Bösche werden angefertigt 887

Mickiewicza 88, III.

Bosserwellen

in exakter Ausführung.

Salon A. Orlikowski,

am Rödermarkt 10190

Curt Ullmann

Hoch- u. Tiefbau

Entwurf bearbeitung

Holzhandel

Grudziądz

Dworcowa 7-9

Telefon 182

8599

Dom- u. Kinderkleid.

werd. saub. u. bill. angefert.

Frau Brzezinska,

Duga 9. 2 Tr. r. 9812

2 Schüler(innen)

fin. gute Pension

(monatlich 60 zł). 10375

Cegieliana 5. 1 Tr. r.

Die Herrn H. Kamale

u. Herrn Ing. Kamale

sowie dessen Ehefrau

am 29. Oktober d. J.

aufgeführt. Beleidigung

nehme ich reuevoll zurück.

Rath. Neumann.

10376

Toruń erbitten.

10373

Thorn.**Großer Preisabbau!**

Kauf Sie keine Möbel, bevor Sie sich nicht von unserer großen Auswahl in Zimmer-Einrichtungen und Einzelstücken in altbewährter Qualität zu konkurrenzlos billigen Preisen überzeugt haben.

Gebrüder Tews, Toruń

Aeltestes Möbelhaus am Platze

Mostowa 30 9907 Telefon 844.

Kriegsschiff-Streit Danzig-Polen

vor dem Haag.

Haag, 10. November. (WB.) Die öffentlichen Verhandlungen des Ständigen Internationalen Gerichtshofes wurden am Montag vormittag im Großen Sitzungssaal des Friedenspalastes im Beisein einer großen Zuhörermenge, darunter verschiedener Mitglieder des Haager Diplomatischen Korps, vom Präsidenten, dem Japaner Adachi, eröffnet. Auf der Tagesordnung steht der Danzig-polnische Kriegsschiffstreit.

An den Tischen der Parteien haben für Danzig dessen englischer Vertreter Sir John Fisher-Williams (Oxford) und der ihm als Berater zur Seite stehende Abgeordnete des Danziger Senats, Oberregierungsrat Dr. Faerber, für Polen dessen Hauptvertreter Włodzimierz Wodrow, ferner der als polnischer Anwalt auftretende Center-Universitätsprofessor de Bisschop und der Verteidigende Not beim Warschauer Außenministerium, Marelowski, Platz genommen.

Die Frage, die der Völkerbundrat dem Haager Gerichtshof zur Entscheidung unterbreitet hat, lautet wie folgt:

"Gewähren der Friedensvertrag von Versailles, Teil III, Abschnitt XI, der in Paris am 9. November 1920 abgeschlossene Danzig-polnische Vertrag und die einschlägigen Entscheidungen des Völkerbundrates und des Hohen Kommissars Polens Rechte oder Befugnisse mit Bezug auf den Zugang polnischer Kriegsschiffe zum Hafen und den Wasserwegen Danzigs oder das Anlegen in ihnen? Wenn dem so ist, welcher Art sind diese Rechte oder Befugnisse?"

Ein solches Recht wird von Danzig verneint, wobei die Freie Stadt sich darauf beruft, daß nach der Danziger Verfassung die Freie Stadt keine Kriegsschiffbasis sein darf. Der Art. 5 der Danziger Verfassung hat nämlich folgenden Wortlaut:

"Ohne vorherige Zustimmung des Völkerbundes in jedem Einzelfalle, darf die Freie Stadt nicht: 1. als Militär- und Marinebasis dienen; 2. Festungswerke errichten; 3. die Herstellung von Munition oder Kriegsmaterial auf ihrem Gebiet gestatten".

Zu dieser Verfassungsbestimmung ist zu bemerken, daß sie seinerzeit auf ausdrückliches Ersuchen des Völkerbundrates so formuliert wurde. Nach der Auffassung Danzigs können daher polnische Kriegsschiffe bei einem Besuch der Danziger Gewässer keine Rechte und Befugnisse beanspruchen, die nicht auch den Kriegsschiffen anderer Nationen zustehen. Im übrigen ist auch im Port d'Attache-Abkommen über solche Übungen nichts vereinbart worden.

Polen beruft sich für die Richtigkeit seines Standpunktes auf eine frühere Entscheidung des Völkerbundrates, die jedoch nur eine provisorische und zeitlich beschränkte Regelung darstellen sollte.

Urteil im Warschauer Bomben-Prozeß.

Warschau, 9. November. (PAT) Vor dem hiesigen Appellationsgericht wurde am Sonnabend die Verhandlung in dem Prozeß gegen Polanski, der unter der Anklage des vereitelten Attentats auf das Gebäude der Sowjetgesandtschaft steht, wieder aufgenommen. Der Prozeß war vor einigen Wochen unterbrochen worden, nachdem der Beschluß gefaßt worden war, den Angeklagten auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen. In der Verhandlung stellten die Psychiatristen fest, daß Polanski im allgemeinen gesund, jedoch psychisch bis zu einem gewissen Maße abnormal sei, so daß man ihn als ein Individuum von fanatischen, auf Hysterie zurückzuführenden Neigungen behandeln müsse. Das Appellationsgericht ermaßigte daraufhin das Urteil der ersten Instanz, das auf zehn Jahre Buchthaus lautete, auf drei Jahre Gefängnis.

Banlos Geist.

Brest-Prozeß: 12. Tag.

Warschau, 9. November.

Der 12. Tag des Prozesses gegen die Führer des Buntlinks-Blocks war als ein sensationeller Tag in den Aussagen über die Tätigkeit der PPS. angekündigt worden. Handelte es sich doch um die Vernehmung der Säule der Anklage, des Kommissars Banko, des Leiters der Untersuchungspolizei in Warschau, der sich mit der Beobachtung der politischen Parteien und der Berufsverbände beschäftigte. Ausser diesem wurden zwei Agenten der Untersuchungspolizei vernommen, die gleichzeitig Mitglieder der PPS. und Beamte der Parteimiliz der Polnischen Sozialistischen Partei waren. Einem dieser beiden Zeugen rief der Angeklagte Dubois den Ausdruck "Provokateur" zu. Dafür wurde er zur Ordnung gerufen und zu 50 Zloty Geldstrafe verurteilt. Kommissar Banko sagte u. a. folgendes aus:

"Im Auftrage meiner Behörde interessierte ich mich für die Miliz der PPS. Im Jahre 1928 entstand ein Bezirkskommando, an dessen Spitze der Abgeordnete Arciszewski berufen wurde. Die Miliz war in Sektionen eingeteilt, die sich aus sechs bis zwölf Mann zusammensetzten. Zur Schulung der Kommandanten fand einmal ein Instruktorkursus in Czestochau unter dem Deckmantel einer Versammlung der "Tur" (einer Bildungsorganisation) statt. Vorträge hielten dort Offiziere der polnischen Armee, und zwar Hauptmann Szemplinski und Lieutenant Chmieleński. Die Jünglinge wurden auf diesem Kursus im Umgang mit Granaten, mit dem System von Straßenkämpfen usw. unterrichtet. Der Kursus fand seinen Abschluß mit einer Ansprache des Abg. Puza, der u. a. sagte, daß die Arbeiterklasse für einen Kampf vorbereitet sein müsse. Weitere Instruktionen fanden in Warschau statt, dort lernte man mit Hilfe von Gasen kämpfen, wurde informiert, wie Kommissariate zu erobern wären, und wie man die Telefon- und Telegraphen-Leitungen durchschneiden soll. Was die Bewaffnung anbelangt, so besaß die Miliz Schußwaffen. Einige Milizleute hatten die Genehmigung zum Tragen der Waffen, andere wiederum bewahrten sie illegal auf. Ferner führte die Miliz eine ungesetzliche Presseaktion durch. Sobald das Hauptorgan der PPS., der "Robotnik", der Beschlagnahme verfiel und man viele Meldungen nicht bringen durfte, begann man für die Mitglieder der Organisation ein illegales Bulletin her-

auszugeben. Man richtete auch einen Appell an die Polizei, in welcher der Hauptkommandant Małyszewski beschimpft und zum Ungehorsam aufgerufen wurde." Schließlich beschäftigte sich der Zeuge mit den Versammlungen der PPS. und mit der Aktion dieser Partei im Heere, besonders in den Kasernen des 36. Infanterie-Regiments, wo aufreizende Aufrufe verteilt wurden.

Weiter sagten am Sonnabend die beiden Polizeiagenten Tulo und Buranski aus. Beide waren bei der PPS. bis zum Jahre 1930 tätig, da sie erst dann demaskiert wurden. Tulo besaß das Vertrauen der Partei in solchem Maße, daß man ihn zum Kursus der Miliz der PPS. nach Czestochau entsandte. Er will gesehen haben, daß die Miliz 30-50 der Partei gehörige Revolver besessen habe. Außerdem hätten die Miliz-Angehörigen eigene Waffen gehabt. Abg. Puza habe in Versammlungen sehr oft zu Straßenkämpfen aufgerufen. Den Regierungen Piłsudski habe man noch höchstens ein Jahr der Herrschaft prophezeit. Man habe gesagt, daß Piłsudski ebenso wie er vor einem Jahre über die Brücke kam, die Flucht ergreifen werde.

Wie die polnische Presse erfährt, soll die Vernehmung der Zeugen der Anklage bis zum 14. d. M. dauern; von da ab werden anschließlich die Entlastungszeugen vernommen werden. Mit großer Spannung erwartet man die Aussage des ehemaligen Sejumarschalls Dąbrowski, der trotz seines schlechten Gesundheitszustandes in diesem Prozeß vertreten werden soll.

Richter Demant.

Aus der Oppositiopspresse hatten wir einen Bericht gebracht, nach welchem der Untersuchungsrichter am Appellationsgericht für Sachen von besonderer Bedeutung Jan Demant, der bekanntlich als Untersuchungsrichter gegenüber den Brester Häftlingen tätig war, einer dienstlichen Vernachlässigung für schuldig befunden worden sei, und daß der Vorsitzende des Appellationsgerichts in Erwägung ziehe, gegen ihn ein Disziplinarverfahren einzuleiten. Im Gegensatz zu dieser Meldung erfährt der dem Regierungsklub nahestehende "Kurier Poranny", daß der Präsident des Appellationsgerichts entschieden habe, daß es in der erwähnten Angelegenheit an Grundlagen für die Einleitung eines solchen Verfahrens gegen den Richter Demant fehle.

Rostek-Biernacki:

"Ein normaler Mensch sehnt sich stets nach dem Mord..."

Oberst Kosteck-Biernacki, der durch die Behandlung der Brester Gefangenen weit über Polens Grenzen hinaus eine traurige Berühmtheit erlangt hat, hat es inzwischen zum Wojewoden in den Ostgebieten gebracht. Er ist aber gleichzeitig auch unter die Schriftsteller gegangen; soeben ist von ihm unter dem viersilbigen Titel: "Dzabek zwycięzca" ("Der Teufel als Sieger") ein Buch erschienen. Es enthält eine Sammlung Novellen, von deren Titel man schon auf den Inhalt schließen kann. Es finden sich da: "Die Peitsche", "Der Stein des Unglücks", "Das Geisterhaus". Die Novellen sind nicht ihres literarischen Wertes wegen interessant — der ist nur gering —, sondern deshalb, weil sie über den Charakter ihres Verfassers Aufschluß geben — sofern darüber überhaupt noch Unklarheit bestand.

Auf Seite 168 findet sich die folgende Stelle:

"Er gewann diese Arbeit lieb, so wie ein Jäger den edlen Sport des Vogel- und Hasenmordes liebgewinnt. Ein normaler Mensch sehnt sich immer nach dem Mord, wenn auch im schlimmsten Fall nur nach dem Mord an Insekten. Das ist die älteste und am meisten schäkenswerte menschliche Sehnsucht. Sie offenbart sich am deutlichsten bei den Massen, sowohl der halbwilden Völker als auch solcher von höchster Seelenkultur. Finsternes Bauernvolk würge während verschiedener sozialer Bewegungen die Herren, aber Sejm und Senat beschließen Todesurteile und den Ausnahmezustand. Der Einzelmensch ist viel mitleidiger, da er sich fürchtet. Inmitten der Menge erst wird er mutig. Wicek war ein mutiger Mensch und konsequenter Dieb. Nach seiner Flucht aus Lublin überfiel er Bauern und Juden, die er zu seinem Vergnügen schlug und auch deshalb, um von ihnen das versteckte Geld nach jener alten Untersuchungsmethode herauszubekommen, die noch heutzutage von den Staatsorganen sogar Englands und seiner Kolonien angewandt wird. Die Menschen nennen ihr Blut ein Elixier, das angeblich unbegreifliche Eigenschaften besitzt: aus dem Blut entstehen Närcher, Blut reinigt von der Schuld, Blut schreit nach Vergeltung usw. Im Grunde genommen wirkt Blut ziemlich mäßig: sein Anblick ist unangenehm für die Unbeleidigen, schrecklich für die, die dieses Elixier verlieren, aber sehr angenehm für den Urheber eines Mordes oder einer Verwundung."

Einig gegen das Deutschtum.

Bytanta-Kundgebung in Wilna.

Bekanntlich fanden im vorigen Jahr in Litauen große Gedenkfeiern für den litauischen Nationalhelden, den Großfürsten Vytautas statt, der 1430 starb, nachdem er Litauen für einige Zeit zu einer Großmacht in Osteuropa gemacht hatte. Dieser Tage hat nun in Wilna eine von den Polen veranstaltete Gedenkfeier für Vytautas stattgefunden, dessen Name auf polnisch Witold lautete. Bei dieser Feier fanden sich Polen und Litauer zusammen und der Vorsitzende des litauischen Nationalkomitees von Wilna Stanislaw Szemborowski saß neben dem polnischen General Beligomski, der bekanntlich in Litauen nicht gerade zu den "beliebten Männern" zählt. Mehrere polnische Redner, u. a. der ehemalige Minister Staniewicz und Prof. Halecki, betonten in ihren Ansprachen, daß Witold-Vytautas von Polen und Litauern gleichermaßen verehrt werde, da er bei Tannenberg beide Völker gegen den Deutschen Orden geführt habe. Wenn er, so erklärte Prof. Halecki, heute noch lebte, so würde er die beiden Nachbarvölker vereinigt haben.

Das litauische Regierungsblatt "Lietuvos Alidas" berichtet auffallenderweise über diese Feier ohne jede Stellungnahme, obgleich die Beteiligung Beligomowsky und die Ansprüchen der Redner auf eine Vereinigung Polens und Litauens doch Anlaß zu mancher Bemerkung geboten hätten. Die Polen wollen übrigens in Wilna Vytautas ein Denkmal errichten, als "Symbol der Zusammenghörigkeit Polens und Litauens".

Trauriger Zirkus.

Der Warschauer "Kurier Poranny", ein Regierungsblatt, ist der Ansicht, daß man gar nicht mehr in den Zirkus zu gehen braucht, um ganz besondere akrobatische Leistungen zu bewundern. Die heutigen Zeitverhältnisse hätten dazu beigetragen, daß jeder zu seinem eigenen Akrobaten und Zauberkünstler geworden sei. "Wir alle", so meint das Blatt, "jonglieren — mit unseren Einkünften, tanzen auf dem Seil, das über einem Abgrund gespannt ist, tragen lächelnd die Lasten der schwersten Steuern und Abgaben, tanzen auf einem Vulkan, lassen spurlos verschwinden alle unsere Wünsche, deren Erfüllung wir uns sonst haben leisten können, erweisen uns als Zauberkünstler, indem wir jeden Zloty so lange umdrehen, bis er für uns den Wert eines Fünf-Zloty-Stückes erlangt hat, hängen in der Lust am Trapez der Arbeit, das jeden Augenblick abreisen kann, und sind Fakire, die Kraft ihres eigenen Willens nicht spüren, daß unser Schicksal einem mit Nägeln bedeckten Brett gleicht, auf dem wir mit bloßen Füßen stehen. Dagegen kommt kein Zirkus auf!"

Rundfunk-Programm.

Freitag, den 13. November.

Königswusterhausen.

06.50 ca.: Von Berlin: Frühkonzert. 10.10: Schulfunk. Der Mensch vor hunderttausend Jahren. 11.30: Lehrgang für praktische Landwirte. Wie kann ich meinen Butterabfall rentabel gestalten? 12.00: Better. Anschl.: Schallplatten-Konzert. 14.00: Von Berlin: Schallplatten. 15.00: Jungmädchenstunde. Wer ist Schuld (Fehler von Müttern und Töchtern). 15.40: Leuchtkäfer. 16.30: Von Leipzig: Konzert. 17.30: Prof. Dr. Hans Mersmann: Hausmusik. 18.00: Volkswirtschaftsfunk. Ländliche Siedlung — ein Weg aus der Wirtschaftskrise. 18.30: Zur Erinnerung an Hegel. 18.55: Better. 20.00: Von New York: Kurt G. Sell: Vorüber man in Amerika spricht. 20.15: Von Langenberg: "Die Freier". 21.25: Von Berlin: Sinfonie-Konzert.

Breslau-Gleiwitz.

06.45: Schallplatten. 09.10: Schulfunk: Bei den Segelfliegern in Grünau. 11.35, 13.10 und 13.50: Schallplatten. 15.25: Fünf Minuten für die Hausfrau: Was sollte die Frau und Mutter von Stimme und Sprachpflege wissen? 15.50: Das Buch des Tales. 16.05: Unterhaltungsmusik. 17.05: U. S. A. Ein Einblick in den Schnürboden ihrer Außenpolitik. 17.35: Das wird Sie interessieren! 18.50: Bekleidung von Rundfunktürmen. 19.05: Better. Anschl.: Abendmusik. 20.30: Konzert. 21.55: Blick in die Zukunft. 22.45: Sportführer und Sportarzt unterhalten sich. 23.20 bis 00.30: Tanzmusik.

Königsberg-Danzig.

07.00 ca.: Schallplatten. 09.00: Von Danzig: Französischer Schulfunk. 11.30—12.30: Danzig Schallplatten. 13.30—14.30: Von Danzig: Konzert auf einer Menzenhauer-Gitarre-Harfen-Altklarinetten. Walter Voigt, Berlin. 15.45: Kinderfunk. 16.15: Frauenstunde: Von der Eiferfucht. 16.45: Unterhaltungskonzert. 17.45: Ländlicher Fortbildungsschulfunk: Saatzauber und Bedeutung guten Saatgutes. 18.30: Bücherstunde. 19.00: Oldenburgische Städtebilder. 1. Worms. 19.30: Hölderlin. 20.00: Von Lemnoj: Kurt G. Sell: Vorüber man in Amerika spricht! 20.15: Von Danzig: Brückstück aus Operetten mit verbindendem Text.

Warschau.

14.15, 15.30 und 16.40: Schallplatten. 17.35: Orchesterkonzert. Volkstänze. 19.30: Schallplatten. 20.15: Klavierkonzert. Arthur Rubinstein. Aus der Philharmonie. 23.00—24.00: Tanzmusik und leichte Musik.

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einfinders versehen sein; anonyme Anfragen werden gründlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementsausübung beiliegen. Auf dem Kuvert ist der Begriff "Briefkasten-Sache" anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

Hypothesen-Richard. Sie werden aufzuklären müssen, da die Gläubiger sich ausdrücklich und förmlich auf ihrer Quittung weitere Ansprüche vorbehalten hat. Der Betrag, den Sie im Februar 1923 gezahlt haben, hatte nur einen Wert von 4,50 Zloty.

No. 2. R. R. 1. Gegen den für Sie festgelegten Kommunalzuschlag auf staatlichen Einkommensteuer ist nichts zu machen, denn die staatliche Schätzungscommission hat zwar Ihre Einkommensteuer um 80 Zloty nicht aber Ihr Einkommen ermäßigt. Und der Kommunalzuschlag richtet sich nicht nach der Staatssteuer — wie man aus dem Titel schließen möchte — sondern nach dem staatlich festgelegten Einkommen. Sie hätten nach dem Bescheid der Schätzungscommission vom 27. 2. 31 auf Ihre Verufung vom 31. 10. 30 innerhalb 8 Tagen den Antrag stellen müssen, daß Ihre Verufung von der Berufskommission nachgeprüft würde. 2. Die Windmühlen gehören in die 8. Kategorie ohne Rücksicht auf ihre innere Ausstattung. 3. Wenn das Verfahren so ist, wie Sie es schildern, d. h. wenn Sie nur das Maßnahmen Ihrer Kundshaft verarbeiten und verteilen, genügt eine Registraturkarte. Wenn Sie keinen Handel treiben, brauchen Sie auch kein Handelspatent.

G. S. Ist zur Abzahlung der Militärssteuer nicht verpflichtet. Löben. Am 12. Oktober d. J. ist keine der vier Nummern der Anleiheabführungsabschluß gegeben worden.

Krankenpflege. Wenden Sie sich an die evangelische Diakonissenanstalt in Polen, oder an das Diakonissen-Mutter- und Krankenhaus in Danzig, Nengarten 2—6.

Nr. 100. M. Die 20 Mark vom Mai 1920 hatten nur einen Wert von 66 Groschen. Geeignete wären Sie also nur zur Zahlung dieses Betrages verpflichtet, aber daß das zu wenig ist, liegt auf der Hand; Sie werden also wohl aus freien Stücken etwas aufzulegen müssen.

N. S. Nach dem Mieter schutzgesetz vom 11. April 1924 hatte der Hanswirt das Wassergeld zu bezahlen, wenn die Miete 75 Prozent der Grundstücksrente erreichte. Dieser Prozentsatz ist seit langer Zeit erreicht, folglich sind die Mieter unter normalen Umständen von der Zahlung des Wassergeldes befreit. (Ziffer 2 des Art. 7 des Mieterschutzgesetzes.) Durch Verordnung des Staatspräsidenten vom 14. 3. 28 ist aber verordnet, daß diese Ziffer 2 des Art. 7 u. a. keine Anwendung findet auf Häuser, die bei Erlauf des Mieter schutzgesetzes noch nicht an eine öffentliche Wasserleitung angeschlossen waren — sobald diese Häuser an die öffentliche Wasserleitung angeschlossen würden. Mit anderen Worten: die Eigentümer dieser vorstehend bezeichneten Häuser, die erst später an die Wasserleitung angeschlossen wurden, wie das Irig in der Nakeler Straße, dürfen weiter von den Mieter Wassergeld erheben. Die Verpflichtung des Wassergeldes auf die einzelnen Wohnungsinhaber (den Hauswirt eingeschlossen, wenn er im Hause wohnt) hat im Verhältnis zur Grundmiete zu erfolgen, d. h. zur Miete für den Juni 1914. Also nicht nach der Personenzahl und nach der Größe der Wohnung. Der Hauswirt ist nach Art. 7 des Gesetzes verpflichtet, den Mieter die Wassereinziehung für das ganze Haus vorzulegen. Sie brauchen sich also nicht von ihm in Ihrer Orientierung an die Gasanstalt weisen zu lassen, sondern er muß Ihnen die Nutzung im Hause vorlegen. Die Angabe des Wirts, er könne das Wassergeld nehmen und dann noch 20 Prozent der Grundmiete erheben, da er die Leitung neu angelegt habe, ist selbstverständlich unrichtig; die Entschädigung für die Schaffung der Anlage bildet eben die Genehmigung zur Weitererhebung des Wassergeldes, das der Mieter in den inneren Teilen der Stadt längst nicht mehr zahlt. Wenn Sie uns in der ersten Anfrage mitgeteilt hätten, wo Sie wohnen, und daß bei Ihnen die städtische Wasserleitung erst später eingerichtet worden ist, so hätten Sie sich die zweite Anfrage sparen können.

N. V. 100. 1. Von dem Nachbarn Ihrer Tochter erben Sie die Hälfte und die andere Hälfte Ihre Kinder zusammen. Daß Sie mit Ihrem verstorbenen Mann in Gütergemeinschaft lebten, hat für diesen besonderen Fall keine Bedeutung. 2. Die Aufwertung beträgt 15 Prozent = 499,95 Zloty, wenn die Eintragung im zweiten Halbjahr 1917 erfolgte, und 521,78 Zloty, wenn die Eintragung im ersten Halbjahr 1917 stattfand.

Wie Russland Waren und Menschen verschleudert

Bekenntnisse eines klug gewordenen Bolschewisten.

Der unlängst zurückgetretene Leiter der Getreide-Abteilung bei der Hamburger Handelsvertretung der Sowjet, N. Dowgalewski, ein Neffe des Pariser Sowjetbotschafters, der lange Zeit von Hamburg aus das russische Getreide auf dem Weltmarkt verschleudern mußte, veröffentlicht in der Berliner „Montagspost“ einen interessanten Bericht darüber, wie es in Wahrheit um die Hintergründe und „Erfolge“ der sowjetrussischen Exporte bestellt ist. Nachdem er zuerst eingehend seinen Aufstieg auf der bolschewistischen Stufenleiter beschrieben hat — schon mit 16 Jahren war er vor dem Weltkriege Sozialist — schildert er vom Hamburger Standort die „Lehrseite der Sowjet-Export-Politik“ der letzten Jahre wie folgt:

„Ich habe mit eigenen Augen gesehen, wie Butter, Eier usw. der eigenen Hungern den Arbeitervölkerung entzogen und für einen lächerlich billigen Preis verschlendet wurden oder verfaulen mußten.“

Ich habe auch gesehen, wie Konserven, die aus den zwangsweise enteigneten Geschäften, Geflügel, Fleisch und Gemüsen hergestellt waren, später drei Jahre lang in Speichern verblieben, um dann auf Veranlassung der sanitären Aufsichtsbehörde vernichtet zu werden. Schließlich setzte der Getreide-Export ein. Wer mit den Getreide-Aufbringungsmethoden reizt ist, wird den Schreinen verstehen, von dem ich erfaßt war, als der Handelskommissar Mikojan telegraphisch mir den Befehl schickte, Getreide zu beliebigen Preisen zu verkaufen.

Ich konnte nicht mehr weiter schweigen, obgleich ich im voraus aus dem traurigen Schicksal einiger wagemutiger Genossen wußte, daß mein Protest sehr negative Folgen für mich haben würde. Trotzdem erhob ich meine Stimme. Ich trat mit einem Vortrag auf, in dem mit schärferen Zahlen die ganze Sinnlosigkeit der Exportmethoden und die katastrophalen Folgen für die Sowjet-Union bewiesen wurden. Ich erklärte, daß es ein Verbrechen ist, die in europäischen Lagern aufgespeicherten viele hunderttausend Tonnen Weizen und Roggen zum Preise von 3 holl. Gulden und 40 Gts. pro Centner, d. h. also zu 26 Rubel pro Tonne, zu verkaufen.

Das ist ein Verbrechen, weil der amtliche Preis im Inland 10 Rubel und 80 Kopeken je Centner oder 110 Rubel pro Tonne beträgt. Dabei stellen sich die Ausgaben für die Beschaffung im Inland auf 20 Rubel pro Tonne; der Transport nach den Häfen stellt sich auf 28 Rubel pro Tonne und die Hafenausgaben etwa 10 Rubel je Tonne. Wenn man von dem erzielten Preis von 26 Rubel pro Tonne die Transportkosten vom Schwarzen Meer nach dem Kontinent oder England in Höhe von ca. 7½ Rubel abzieht, die Lagerungsgebühren von 2—3 Monaten, etwa 1.20 Rubel, abzieht, dazu aber die Bankzinsen hinzurechnet und noch alle anderen Ausgaben in Betracht zieht, so ergibt sich,

dass eine Tonne russischen Getreides, die im Lande selbst etwa 175 Rubel kostet, im Ausland zum Preise von 15 Rubel angeboten wird.

Doch auch damit noch nicht genug. Es ist nicht zu übersehen, daß in der USSR für den Getreide-Export eine besondere Aktiengesellschaft ins Leben gerufen worden ist, die allein rund 2000 Angestellte hat. Die Vertretungen im Ausland haben auch viele gutbezahlte Mitarbeiter, die dazu noch erhebliche Nebenausgaben für Telefon, Telegraph, Reisen usw. verursachen.

Nimmt man das alles in Betracht, so ergibt sich, daß der Selbstkostenpreis einer Tonne bis auf 200 Rubel steigt, der Verlust erlös nach der Umrechnung der Balata aber 10 Rubel pro Tonne beträgt.

Auf diese Weise wird zugunsten einer wahnsinnigen Überindustrialisierung der eigenen Bevölkerung das Brot weggenommen, Tscherwonzen gedrückt und alles zusammen für 10 Rubel pro Tonne verschwendet. Mit anderen Worten: 150 Millionen der werktätigen Bevölkerung der Sowjet-Union müssen schaffen und hungern, damit ein Häuslein regierender Satrapen die Möglichkeit hat, das russische Getreide zu 5 v. H. seines Nominalpreises zu verkaufen.

Es wurde ein neuer Leiter bestimmt und gleichzeitig mit ihm kamen einige „waschechte Proletarier“, die ohne Kenntnis im Getreidehandel waren. Ich war von einem ganzen Netz spionierender und beobachtender Genossen umgeben; mein Briefwechsel, auch der private, wurde überwacht, meine Telephon Gespräche belauscht. Schließlich machte man mit den Vorschlag, „infolge von Übermündung und Nervenzerrüttung“ einen zweimonatigen Urlaub nach der Heimat anzutreten.

Auf dem Wege von Hamburg nach Moskau erfuhr ich bei meinem Aufenthalt in Berlin, daß ich nicht mit dem Vorwurf, mich oppositionell betätigten zu haben, davonkommen würde. Trotz ausgezeichnetener Zeugnisse und ungeachtet der

Belohnung, die ich noch kurz vorher als ein enthusiastischer Stoßtruppler bekommen hatte, stand mir eine Verurteilung als Schädling bevor, die mehr als eine Verbannung zur Folge haben mußte.

Weil ich wußte, daß mir jegliche Verteidigungsmöglichkeit genommen werden wird, und weil mich das traurige Schicksal einiger Freunde schreckte, kam ich dem Befehl zur Rückkehr nicht nach und zog es vor, in Deutschland zu bleiben.“

14-Jahrfeier

der bolschewistischen Revolution.

Moskau, 9. November. (PAT) Die letzten beiden Tage standen in Moskau unter dem Zeichen von Festlichkeiten aus Anlaß der 14-Jahrfeier der bolschewistischen Revolution. Die Bureaus, die Kooperativen und die Regierungsläden waren geschlossen; der Verkehr der elektrischen Straßenbahn war eingeschränkt. Über den Straßen hingen Transparente mit aktuellen Vorfällen; auf den öffentlichen Plänen waren statistische Tafeln, Aufzeichnungen und Malereien angebracht, die die Errungenschaften der bolschewistischen Struktur vor Augen führen sollten. Die Feier wurde am 6. November durch eine Sitzung der Moskauer Stadtverordneten-Versammlung eingeleitet, in welcher der Vorsitzende des Rats der Volkskommissare, Molotow, eine längere Rede über die innen- und außenpolitische Lage hielt. (Den wesentlichen Inhalt seiner Ansprachen haben wir unseren Lesern bereits mitgeteilt. D. R.) An der Feier nahmen auch Stalin, Worošilow, Kalinin und andere sowjetrussische Würdenträger teil.

Am Sonnabend fand auf dem Roten Platz vor den versammelten Regierungsmitgliedern und Vertretern der Parteibehörden mit Stalin an der Spitze ein militärischer Vorbeimarsch und ein Umzug der Berufsverbände statt. Vor der Defilade hielt der Kriegsminister Worošilow eine Rede, in der er den Nachweis zu führen versuchte, daß das kapitalistische System dem Zusammenbruch entgegengesetzt ist, und daß im Zusammenhang damit den Sowjets die Gefahr eines Angriffs drohe. Am Abend desselben Tages wurden auf Einladung Kalinins in einem der Regierungspaläste das diplomatische Korps und die Auslands presse empfangen.

Chinas andere Front.

Mißglückte Strafexpedition Tschiangkaischels gegen die Roten.

Während in der Mandschurei ein offener Krieg zwischen Chinesen und Japanern tobte, müssen die chinesischen Regierungstruppen gleichzeitig gegen eine andere Front kämpfen, die vielleicht noch gefährlicher ist als die Front der japanischen Eindringlinge. Der rote Krieg, der in Süd- und Mittelchina schon seit Jahren seine Orgien feiert, gewinnt immer mehr an Ausmaß und an Schärfe. Über 300 Bezirke befinden sich ständig in den Händen der chinesischen Kommunisten, ohne daß die Nanking-Regierung bisher imstande war, Herrin der Situation zu werden.

Es hat an Versuchen, die roten Banden auszurotten, nicht gefehlt. Vor wenigen Monaten, im Sommer, wurde der Kampf gegen die chinesischen Sowjets zu der wichtigsten Aufgabe erklärt. Eine riesige Strafexpedition, die dritte ihrer Art, wurde ausgerüstet. Die besten Truppen Nankings, insgesamt 300 000 Mann, schwere Artillerie, Tanks, Kampfflugzeuge und Giftgas-Bataillone wurden aufgeboten. Die roten Armeen, unter Führung von Maozedong und Tschudeh, zählten 70 000 Mann; es kamen hinzu einige 10 000 mehr schlecht denn recht ausgerüstete Partisanen.

Der Vormarsch der Regierungstruppen gestaltete sich zunächst siegreich. Tschiangkaischel, der die Strafexpedition höchstpersönlich leitete, konnte eine Triumphmeldung nach der anderen in die Welt hinaussenden. Das war im Juli. Im August hörten die Siegesmeldungen auf, und Anfang September erfuhr man, daß die 6., 44., 45. und 47. Division bei Schihsing und Tunghu eine Niederlage erlitten hatten. In der zweiten Septemberhälfte gesellte sich der Mißerfolg der 8., der 26. und der 47. Division im Gebiete von Guantschan und Nindu hinzu.

Diese letzte Niederlage hat Tschiangkaischel nicht mehr abgewartet. Schon vorher war er in Nanking eingetroffen und hat feierlich erklärt, daß in der Provinz Kiangsi, im Herzen der roten Bewegung, 90 v. H. aller Kommunisten ausgerottet seien, daß aber, wie die chinesische Geschichte lehrt, ähnliche Erhebungen nur nach einem zehn- bis zwölfjährigen Kampf (!) endgültig

Bei Ischias erfolgt auf ein Glas natürliches „Franz-Josef“-Bitterwasser, frisch ausgetrunken genommen, beschwerdelos ausgiebige Darmentleerung, an die sich ein behagliches Gefühl der Erleichterung anschließen pflegt. In Apoth. u. Drogerien erhältl. (8041)

gebrochen werden könnten. Das klang wesentlich anders, als die Bekündigung Tschiangkaischels vor dem Beginn des Feldzuges. Damals hieß es, der Oberbefehlshaber hätte geschworen, nicht eher nach Nanking zurückzukehren, bis alle Kommunisten von der Bildfläche verschwunden seien.

Auf einen Wink von oben hat die chinesische Presse aufgehört, von der Kiangsi-Front zu sprechen. Die ungeheure Überschwemmungskatastrophe am Yangtse und Swangho und später der japanische Einmarsch in die Mandschurei kamen der Nanking-Regierung in diesem Sinne gelegen. Nur ab und zu konnte man in den Zeitungen, wie in den „North China Daily News“ (Shanghai) oder in der „China Weekly Review“ lesen, daß die roten Banden nach wie vor ihr Wesen treiben und weit davon entfernt sind, sich als geschlagen zu erkennen.

So muß heute der endgültige Mißerfolg der dritten Strafexpedition Tschiangkaischels und das Anwachsen des kommunistischen Guerilla-Krieges festgestellt werden. Die Schwierigkeiten der Bekämpfung der roten Abteilungen sind darin zu suchen, daß sie beim Herausnahmen der Regierungstruppen im ungeheuren Menschenmeer des chinesischen Bauerntums gewissermaßen untertauchen, um dann, wie aus dem Boden gestampft, wieder auferzustehen. Über die Manövriertfähigkeit der roten Bande hat sich der Nankinger General Heintsin bereits im Mai in der Nationalversammlung in aller Öffentlichkeit beklagt.

Es wird in China die Ansicht verbreitet, daß der Mißerfolg der dritten Strafexpedition auf die Aktivität der Nanking feindlichen Generäle des Südens, der sogenannten Kiangsi-Clique, die ihre selbständige Regierung in Kanton besitzt, zurückzuführen sei. Die Kiangsi-Armeen hätten angeblich in den Kampf zwischen Tschiangkaischel und den Roten eingegriffen und so die Wucht des Anmarsches der Nankinger Truppen im entscheidenden Augenblick geschwächt. Diese Ansicht ist irrig. In Wahrheit hat die Kiangsi-Clique zuerst den Ausgang der Strafexpedition abgewartet und ist erst gegen Nanking aufmarschiert, nachdem das Scheitern der Strafexpedition bereits feststand. Die Gerüchte von der nachträglichen Einigung zwischen Nanking und Kanton haben sich nicht bewahrheitet. Auf jeden Fall merkt man nichts davon, daß den Japanern ein geeintes China gegenübersteht. Tschiangkaischel ist nach wie vor außerstande, einen großangelegten Krieg gegen Japan zu führen; denn er muß jeden Augenblick seine andere Front im Auge behalten, die Front der roten Aufständischen und ihrer indirekten Helfershelfer, der südchinesischen Generäle. Daß die Japaner die Schwäche Nankings richtig einschätzen, und für sich praktische Folgerungen daraus ziehen, erleben wir heute mit genügend Deutlichkeit.

W.

Mißglückter Anschlag auf den früheren Kaiser von China.

London, 9. November. (Eigene Drahtmeldung) Meldungen der chinesischen Presse aufgezeigt wurde auf den früheren Kaiser von China Puyi ein Anschlag versucht. Ein Chiner, der in einem Hotel in der französischen Konzession in Tientsin abgestiegen war, sandte zwei Körbe mit Früchten und zwei Blechdosen in die Wohnung Puyis, der in der japanischen Konzession lebt. Puyi schöpfte Verdacht, öffnete die Körbe und Blechdosen sehr vorsichtig und entdeckte in einer Blechdose eine Bombe. Die Polizei wurde sofort benachrichtigt und suchte das Hotel ab. Der Chine war aber bereits verschwunden. Die Chinesen behaupteten, daß der ehemalige Kaiser japanfreundlich gesinnt sei.

In Danzig

nimmt unsere Filiale von

Tel. 1984 H. Schmidt, Holzmarkt 22, Tel. 1984

Inserate und Abonnements

zu Originalpressen für die

„Deutsche Rundschau“

entgegen.

Verlangen Sie bitte in den Hotels und Restaurants die „Deutsche Rundschau“. Das Blatt liegt überall aus.

Milena-Zentrifugen

Allerbilligste Preise. 10077
Bequemste Zahlungsbedingungen

Es liegt in Ihrem eigenen Interesse, wenn Sie vor Kauf einer Zentrifuge unser Angebot einfordern. Sie kaufen bei uns deutlich billiger, wo Sie sich durch eine Anfrage leicht überzeugen können.

Gebrüder Ramme, Bydgoszcz
ul. Sw. Trójcy 14b Telefon 79.



Nachtidal-Kaffee

Nr. 24 Original- zl. 1.10
Nr. 28 Paket " 1.30
Nr. 32 à 125 Gr. " 1.45



empfiehlt

D. Daniel
Kolonialwaren
Lobzenica.

9978

Wirtschaftliche Rundschau.

Polnische Klagen über die tschechoslowakische Handelspolitik.

Die polnischen Wirtschaftskreise sind besonders in den letzten Monaten mit der tschechoslowakischen Handelspolitik sehr wenig einverstanden und behaupten, daß die Tschechen allen anderen Ländern große Bevorzugungen angedacht lassen, die schlechte wirtschaftliche und ungünstige Transportlage Polens aber ausnutzen, um den polnischen Außenhandel zu schädigen. So weiß man besonders auf die letzten Abkommen hin, die die Tschechoslowakei mit Österreich geschlossen hat und in denen sie eine Reihe von Konventionalerleichterungen aufgibt, die Österreich bisher beim Import von Baumwollwaren aus der Tschechoslowakei gewährt. Sodann hätte die Tschechoslowakei in dem zufälligen Vertrag zu dem tschechoslowakisch-schweizerischen Handelsabkommen alle Bollerleichterungen aufgegeben, die die Schweiz bisher beim Import von Schuhwaren aus der Tschechoslowakei anwandte. Polen werde von der Tschechoslowakei jedoch ganz anders behandelt und seine schwierige wirtschaftliche verkehrsgéographische Lage noch weiter zum Schaden Polens ausgenutzt. Die Tschechoslowakei wolle feinerlei Zoll- oder Tarifleichterungen gewähren, die für den polnischen Handel Bedeutung hätten. Diese Klage der polnischen Wirtschaftskreise geht an den Tatsachen vorbei, daß sowohl Österreich und die Schweiz ihrerseits der Tschechoslowakei auf zahlreichen anderen Gebieten Zugeständnisse gemacht haben, Polen aber seinen Innenmarkt, der allein für die tschechoslowakische Industrie von Interesse wäre, durch fortgesetzte neue Zollerhöhungen und Einfuhrbeschränkungen immer hermetischer abschließt. Auch die Neuerfüllung des Importausgleichsteuer in dem neuen polnischen Umsatzsteuergesetz bedeutet wieder einen Schlag gegen jeglichen Import aus dem Auslande nach Polen, auf den das Ausland wahrscheinlich auch wird reagieren müssen. Dann wird man in Polen wieder neuen Grund zum klagen haben.

Verhandlungen über einen direkten polnisch-jugoslawischen Warentarif.

Seit längerer Zeit bemühen sich die an einem Export nach Jugoslawien interessierten polnischen Wirtschaftskreise, darunter besonders die Textilindustrie und die Hüttenindustrie, um die Einführung eines direkten polnisch-jugoslawischen Warentarifs. Die Schwierigkeiten, die der Einführung eines solchen Tarifes bisher im Wege standen, sind nunmehr so weit behoben, daß man zu direkten Verhandlungen übergeht. In der ersten Hälfte des Dezember wird im Verkehrsministerium in Warschau eine Konferenz in der Angelegenheit des direkten Tarifes im Warenverkehr zwischen den beiden Ländern stattfinden, an der auch Delegierte aus Jugoslawien teilnehmen werden. Man hofft, die Verhandlungen bald zu einem Abschluß führen zu können.

Die Eisenergewinnung in Polen. Eisenerze werden in Polen, in verschiedenen Gegenden Galiziens und Schlesiens gewonnen, deren Eisengehalt jedoch nicht groß ist. Der durchschnittliche Gehalt schwankt zwischen 30 und 40 Prozent. Die geologischen Erkundungen haben ergeben, daß die Eisenerzvorräte in Oberschlesien nahezu erschöpft sind. Während im Jahre 1899 noch 797 835 Tonnen gefördert wurden, bezifferte sich die Produktion im Jahre 1926 nur noch auf 3087 Tonnen. Dagegen hielt sich die Eisenerzgewinnung in Galizien in den letzten Jahren auf ungefähr demselben Niveau (100 000 Tonnen jährlich). An geringer haltigen Eisenerzen kann Polen genüge Mengen nach dem Auslande exportieren, während hochprozentige Eisenerze aus dem Auslande, in erster Linie aus Sowjet-Russland und Schweden bezogen werden müssen. Nach den vorliegenden Berechnungen ist mit einer ständigen Annahme der durchschnittlichen Eisenerzgewinnung zu rechnen, so daß die Abhängigkeit Polens vom Auslande in der Erzversorgung sich in den nächsten Jahren ständig vergrößern dürfte.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im "Monitor Polki" für den 11. November auf 5,9244 złoty festgelegt.

Der Einsatz der Bank Polki beträgt 7½% der Lombardsatz 8½%.

Der złoty am 10. November. Danzig: Überweisung 57,33 bis 57,48, Berlin: Überweisung, große Scheine 47,25–47,45, Wien: Überweisung 79,46–79,94, Prag: Überweisung 378½, London: Überweisung 35,00.

Warschauer Börse vom 10. November. Umsätze, Verkauf – Kauf. Belgrad – Belgrad – Budapest – Bulevar – Bulevar – Danzig – Helsingfors – Spanien – Holland 360,10. 361,00 – 359,20, Konstantinopel – Japan – Kopenhagen – London 33,87 – 33,71, New York 8,912. 8,932 – 8,892, Oslo – Paris 35,05, 35,14 – 34,96, Prag 26,39. 26,45 – 26,33, Riga – Stockholm – Schweiz 174,50. 174,93 – 174,07, Tallin – Wien – Italien – London Umsätze 33,75–33,79.

Amtliche Devisen-Notierungen der Danziger Börse vom 10. November. In Danziger Gulden wurden notiert Devisen: London — Gd., — Br., New York — Gd., — Br., Berlin — Gd., — Br., Warshaw 57,36 Gd., 57,47 Br., Noten: London — Gd., — Br., Berlin — Gd., — Br., New York — Gd., — Br., Holland — Gd., — Br., Zürich — Gd., — Br., Paris — Gd., — Br., Brüssel — Gd., — Br., Helsingfors — Gd., — Br., Copenhagen — Gd., — Br., Stockholm — Gd., — Br., Oslo — Gd., — Br., Warshaw 57,33 Gd., 57,45 Br.

Berliner Devisenkurse.

Offizielle	Für drahtlose Auszahlung in deutscher Mark	In Reichsmark		In Reichsmark	
		10. November	Geld	9. November	Brief
3,5%	1 Amerika	4,209	4,217	4,209	4,217
6%	1 England	15,94	15,98	15,92	15,96
3%	100 Holland	169,88	170,22	169,98	170,32
7%	1 Argentinien	1,098	1,102	1,063	1,067
6%	100 Norwegen	89,41	89,59	89,41	89,59
6%	100 Dänemark	90,66	90,84	90,91	91,08
6,5%	100 Island	71,68	71,82	71,68	71,82
6%	100 Schweden	90,91	91,09	91,16	91,34
2,5%	100 Belgien	58,69	58,81	58,69	58,81
7%	100 Italien	21,78	21,82	21,78	21,82
2,5%	100 Frankreich	16,56	16,60	16,56	16,60
2%	100 Schweiz	82,24	82,40	82,24	82,40
6,5%	100 Spanien	36,76	36,84	36,76	36,84
—	1 Brasiliens	0,259	0,261	0,259	0,261
6,57%	1 Japan	2,058	2,062	2,048	2,052
—	1 Kanada	3,796	3,804	3,796	3,804
—	1 Uruguay	1,868	1,872	1,898	1,902
6,5%	100 Tschechoslowakei	12,47	12,49	12,47	12,49
8%	100 Finnland	8,34	8,36	8,34	8,36
7,5%	100 Estland	112,89	113,11	112,99	113,21
6%	100 Lettland	81,22	81,38	81,32	81,48
7%	100 Portugal	14,49	14,51	14,39	14,41
9,5%	100 Bulgarien	3,062	3,068	3,072	3,078
7,5%	100 Jugoslawien	7,473	7,487	7,473	7,487
10%	100 Österreich	58,94	59,06	58,94	59,06
8%	100 Ungarn	73,28	73,42	73,28	73,42
9%	100 Danzig	82,27	82,43	82,32	82,48
12%	100 Griechenland	5,195	5,205	5,195	5,205
—	1 Kairo	16,34	16,38	16,32	16,36
8%	100 Rumänien	2,537	2,543	2,547	2,553
—	Warshaw	47,25	47,25	47,25	47,25

Zürcher Börse vom 10. November. (Amtlich.) Warshaw 57,20, Paris 20,11%, London 19,50, New York 5,11%, Belgien 71,45, Italien 26,42%, Spanien 45,00, Amsterdam 206,30, Berlin 121,00, Wien 71,50, Stockholm 110,00, Oslo 109,00, Copenhagen 110,00, Sofia 3,71, Prag 15,15, Budapest 90,02%, Belgrad 9,10, Athen 6,50, Konstantinopel 2,50, Bursa 3,05, Helsingfors 10,00, Buenos Aires 1,32, Japan 2,50.

Aktienmarkt.

Posener Börse vom 10. November. Fest verbindliche Werte: Notierungen in Prozent: 5 prozent. Konvertierungsanleihe (100 złoty) 40,00%. 8 prozent. Obligationen der Stadt Posen (100 złoty) vom Jahre 1926 92,00%. 4 prozent. Konvertierungsanleihe der Posener Landesbank (100 złoty) 28,50%. Notierungen je Stück: 8 prozent. Roggen-Br. der Posener Landesbank (1 D.-Bentner) 15,00%.

Die Zukunft der polnischen Handelsbilanz.

(Von unserem Warschauer Wirtschaftskorrespondenten.)

Der bekannte polnische Volkswirtschaftler Dr. Roger Battaglia hält klarlich in dem Bericht in Warschau einen Vortrag, in dem er die Struktur der polnischen Handelsbilanz und ihre Aussichten für die Zukunft charakterisiert. Die Ausführungen Dr. Battaglias werden nachstehend in ihren wichtigsten Punkten wiedergegeben:

Eine der Hauptthemen der polnischen Handelsbilanz ist, daß sie im Verhältnis zur Bevölkerung gerechnet nur klein ist. Im Jahre 1929 entfielen in Polen jährlich auf einen Bewohner 190 złoty beim Import und Export, während mit Ausnahme Jugoslawiens und Bulgariens in allen anderen Ländern diese Ziffern erheblich höher sind, beispielsweise in der Tschechoslowakei 728 złoty, in England 1849 złoty. Es ist falsch, diese Tatsache als einen Beweis der Selbstgenügsamkeit des Landes anzusehen. Es verbindet sich mit ihr vielmehr eine ganze Reihe von negativen Ergebnissen des Wirtschaftslebens. Vor allem ist die schwierige wirtschaftliche verkehrsgéographische Lage noch weiter zum Schaden Polens ausgenutzt. Die Tschechoslowakei wolle feinerlei Zoll- oder Tarifleichterungen gewähren, die für den polnischen Handel Bedeutung hätten. Diese Klage der polnischen Wirtschaftskreise geht an den Tatsachen vorbei, daß sowohl Österreich und die Schweiz ihrerseits der Tschechoslowakei auf zahlreichen anderen Gebieten Zugeständnisse gemacht haben, Polen aber seinen Innenmarkt, der allein für die tschechoslowakische Industrie von Interesse wäre, durch fortgesetzte neue Zollerhöhungen und Einfuhrbeschränkungen immer hermetischer abschließt. Auch die Neuerfüllung des Importausgleichsteuer in dem neuen polnischen Umsatzsteuergesetz bedeutet wieder einen Schlag gegen jeglichen Import aus dem Auslande nach Polen, auf den das Ausland wahrscheinlich auch wird reagieren müssen. Dann wird man in Polen wieder neuen Grund zum klagen haben.

Verhandlungen über einen direkten polnisch-jugoslawischen Warentarif.

Seit längerer Zeit bemühen sich die an einem Export nach Jugoslawien interessierten polnischen Wirtschaftskreise, darunter besonders die Textilindustrie und die Hüttenindustrie, um die Einführung eines direkten polnisch-jugoslawischen Warentarifs. Die Schwierigkeiten, die der Einführung eines solchen Tarifes bisher im Wege standen, sind nunmehr so weit behoben, daß man zu direkten Verhandlungen übergeht. In der ersten Hälfte des Dezember wird im Verkehrsministerium in Warschau eine Konferenz in der Angelegenheit des direkten Tarifes im Warenverkehr zwischen den beiden Ländern stattfinden, an der auch Delegierte aus Jugoslawien teilnehmen werden. Man hofft, die Verhandlungen bald zu einem Abschluß führen zu können.

Die Eisenergewinnung in Polen. Eisenerze werden in Polen, in verschiedenen Gegenden Galiziens und Schlesiens gewonnen, deren Eisengehalt jedoch nicht groß ist. Der durchschnittliche Gehalt schwankt zwischen 30 und 40 Prozent. Die geologischen Erkundungen haben ergeben, daß die Eisenerzvorräte in Oberschlesien nahezu erschöpft sind. Während im Jahre 1899 noch 797 835 Tonnen gefördert wurden, bezifferte sich die Produktion im Jahre 1926 nur noch auf 3087 Tonnen. Dagegen hielt sich die Eisenerzgewinnung in Galizien in den letzten Jahren auf ungefähr demselben Niveau (100 000 Tonnen jährlich). An geringer haltigen Eisenerzen kann Polen genüge Mengen nach dem Auslande exportieren, während hochprozentige Eisenerze aus dem Auslande, in erster Linie aus Sowjet-Russland und Schweden bezogen werden müssen. Nach den vorliegenden Berechnungen ist mit einer ständigen Annahme der durchschnittlichen Eisenerzgewinnung zu rechnen, so daß die Abhängigkeit Polens vom Auslande in der Erzversorgung sich in den nächsten Jahren ständig vergrößern dürfte.

Vor zwei Jahren betrug die Gold- und Devisenreserve der polnischen Wirtschaft 65 Prozent, im Herbst 1920 60 Prozent, gegenwärtig 48 Prozent, das heißt 8 Prozent über dem gesetzlichen Minimum. Dieses Sinken wurde eben durch den Abschluß

der Devisen, wie er mit dem Zurückziehen der Finanzkredite und dem Nichtverlängern der Barenkredite verbunden war, verursacht. Die Gold- und Devisenreserve beläuft sich auf 675 Millionen złoty. Wenn wir nicht 1930/31 bisher ein Aktivsaldo von 400 Millionen bei der Handelsbilanz gehabt hätten, würde der Währung unseres Landes bereits ein Teil der Deckung fehlen.

Der Stand der Verschuldung Polens belief sich am 31. Dezember 1929 auf ein Passivsaldo von 2 Milliarden złoty, wovon die Hauptsumme das Defizit der Handelsbilanz darstellte. Es soll theoretisch angenommen werden, daß sich darin nichts geändert hat. Zur Deckung dieser Schulden sind aber inzwischen eingegangen bzw. vorhanden 500 Millionen langfristige Einlagen, wie die Streichholzanleihe, die erste Tranche der Eisenbahnanleihe, die in langfristige Kredite umgewandelten kurzfristige Kredite, weiter 400 Millionen złoty Aktivsaldo der Handelsbilanz, 550 Millionen złoty Devisen und Valuten der Bank Polki. Zusammen sind zur Deckung der Schulden also vorhanden 1 540 000 000 złoty. Selbst wenn es gelingen sollte, einen Teil dieser Summe durch Umwandlung in langfristige Kredite einzufrieren zu lassen, so droht doch immer noch ein Abschluß dieser 400 Millionen złoty, wenn auch nur in kleinen Raten.

Eine Sanierung der polnischen Handelsbilanz ist also heute mehr denn je ein Gebot der Stunde. In Zeiten guter Konjunktur muß man vorsichtig sein beim Investitionsimport, gegenwärtig muß alles getan werden zur Entwicklung des Exportes. Bei der Beurteilung der Gefahrenmomente für den polnischen Export sind folgende 5 Hauptpunkte zu berücksichtigen: 1. Die Mittel der Handelspolitik, die gegen Polen gerichtet sind. 2. Der Regionalismus, der sich besonders in der Schaffung eines handelspolitischen Systems äußert, welches gegen die Interessen Polens ist. (Der Redner erwähnte hier besonders die Regionalverträge Mitteleuropas, wie den deutsch-rumänischen Vertrag). 3. Der Währungsverfall in verschiedenen Staaten. 4. Das Steigen der Konkurrenzfähigkeit verschiedener Staaten durch das Sinken ihrer Valuten und die Erhöhung der Produktionskosten. 5. Die Reglementierung des Devisenverkehrs und die auf diese Weise erfolgte Hemmung des Einfuhrs. England hat seine Warenpreise nach dem Pfundsturz nur sehr wenig erhöht. Dänemark hat einen erleichterten Abflug für seine Bacon und Eier, die Sowjets geben mit ihrer Baumwollproduktion bis nach Ägypten, die Deutschen setzen systematisch die Preise herab, Schweden und Norwegen seien die Löhne herab. Durch die Reglementierung des Devisenverkehrs beginnt Österreich die Einfuhr aus Jugoslawien und hemmt die aus Polen. Ähnliche Devisenverordnungen haben Finnland, Griechenland und die Tschechoslowakei erlassen.

Unter Berücksichtigung der vorstehend angeführten Punkte ist ein schneller Schuß für die polnische Handelsbilanz dringend notwendig. Es müssen Anordnungen getroffen werden, durch die die Einfuhr Polens aus denjenigen Staaten, welche Deviseneinschränkungen eingeführt haben, von der Einlösung der Verpflichtungen dieser Staaten gegenüber Polen abhängig gemacht wird. Außerdem ist es unbedingt notwendig, sich in den Preis der äußerst erfolgreichen Waffen bei den Handelsverträgen zu setzen, wie es Einfuhrverbote und ein neuer Zolltarif ist. Während Mitteleuropa die Meistbegünstigungsschlüssel fallen läßt und zum Präferenzsystem übergeht, müßten auch Polen dies tun zum Schaden für diejenigen Staaten, die den Import aus Polen benachteiligen. Schließlich müssen die Produktionskosten erniedrigt werden. In dem gegenwärtigen Moment, wo 400 Millionen złoty des Exportes bedroht sind, darf der Staat seine Unterstützung durch Zurückziehung der Hilfe für den Export nicht einschränken. Die Bemühungen um Aufrechterhaltung des Exportes müssen aus dem Grunde besonders intensiv sein, weil durch die Handelsbilanz die Zahlungsbilanz bedroht wird und durch sie die Valuta.

In der Aussprache über den Vortrag Dr. Battaglias